

Kulturtätige aus Belarus, Russland und der Ukraine zwischen Diaspora und Exil

*Herausforderungen und Potenziale
in den 2020er Jahren*

Klara Koszarek



Kulturtätige aus Belarus, Russland und der Ukraine zwischen Diaspora und Exil

*Herausforderungen und Potenziale in den
2020er Jahren*

Klara Koszarek

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
Executive Summary	6
1. Einleitung	10
Krisen und Kultur: politische Emigration, Diaspora und Exil	15
2. Kulturpolitische Aktivitäten und Diaspora in Deutschland	19
Handlungsempfehlungen	27
3. Transnationale Diasporagemeinschaften und Netzwerke	35
Handlungsempfehlungen	45
4. Handlungsräume in den Herkunftsregionen	49
Handlungsempfehlungen	56
5. Ausgewählte Literatur	63

Vorwort

Seit 2020 sind Größe und Bedeutung der Diasporagemeinschaften aus östlichen EU-Nachbarländern gewachsen. Kulturtätige, die Russland und Belarus verlassen haben, suchen eine Zukunft für ihr Land und sie suchen nach Möglichkeiten, über Zukunftsentwürfe sprechen zu können. Dieses Recht wird ihnen in ihren Herkunftsländern verwehrt. Kulturtätige aus der Ukraine wurden durch militärische Gewalt, den russischen Angriffskrieg, gezwungen, ihr Land zu verlassen. „Als Migrationsgemeinschaft“, so die Autorin, befinde sich diese Gruppe „in einem Prozess der Identitätsbildung“. Vor welchen Herausforderungen, Bedürfnissen und Potenzialen steht sie?

Diese Studie ist Teil des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“, in dem sich Expert:innen mit relevanten Fragen zu Kultur und Außenpolitik befassen, mit dem Ziel, Wissenschaftler:innen, Praktiker:innen, politische Entscheidungsträger:innen und die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Wir möchten der Autorin für ihre hervorragende Arbeit und ihr Engagement für diese Untersuchung danken.

Die Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Medien ist in allen hier behandelten Herkunftsländern bedroht und die Kultur im Krisenmodus begriffen, schreibt die Autorin. Die Herausforderungen und Bedarfe in diesen Diasporagruppen sind ebenso wie die Ursachen ihrer Migration jedoch nicht gleich. Es ist als besondere Leistung der Autorin hervorzuheben, dass sie dennoch strukturelle Probleme und Herausforderungen dieser Gemeinschaften in Deutschland miteinander vergleicht. Denn so kann sie Potenziale, auch wenn es bisweilen erst mittel- bis langfristige sein können, zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und internationalen Dialogs herausarbeiten, auch unter Bezug auf innereuropäische und behutsame transregionale Kooperationen. Es geht darum, so schreibt die Autorin, die Handlungsfähigkeit dieser Kulturtätigen zu erhalten und damit drohendem Zerfall zivilgesellschaftlicher Strukturen in ihren Herkunftsländern entgegenzuwirken.

Die Zeitenwende wirkt sich auf die Rahmenbedingungen der Arbeit der Kultur- und Gesellschaftspolitik aus. Sie erfordert eine Neugestaltung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit dieser Region. Die vorliegende Studie steht in einer Reihe mit weiteren Studien der ifa-edition zur Nachhaltigkeit von internationalen Schutzprogrammen für Kulturtätige, zur Bedeutung von kulturellen Rechten und Erinnerungskultur für die russischsprachige Diaspora im Kaukasus

sowie zur internationalen Dokumentation und Berichtspflicht von Verletzungen der künstlerischen Freiheit.

Sich auf diese Weise nämlich für internationale Kulturbeziehungen einzusetzen, stärkt die Resilienz demokratischer Gesellschaften. International stärkt es, über die Region hier hinaus, das Vertrauen in Partnerschaften und betont die Bedeutung verbindlicher Vereinbarungen des internationalen Rechts.

Das Redaktionsteam

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie untersucht die Entwicklungen der Diasporagemeinschaften aus Osteuropa, die in Deutschland und seinen östlichen EU-Nachbarländern seit 2020 an Größe und Bedeutung gewinnen – bedingt durch politische Krisen und Repressionen im autokratisch regierten Belarus und Russland und den Krieg in der Ukraine. Die Studie beschreibt Herausforderungen, Bedürfnisse und Potenziale dieser Gemeinschaften und fragt, inwiefern emigrierte bzw. im Exil lebende Kulturtätige als „Brückenbauer:innen“ den kulturellen Austausch in Zeiten von Konflikten und schrumpfenden Handlungsräumen (*shrinking spaces*) unterstützen und die interkulturelle Verständigung nachhaltig fördern können. Analysiert werden sowohl gruppenbezogene Rahmenbedingungen und Formen der deutsch-belarussischen, deutsch-russischen und deutsch-ukrainischen kulturellen Zusammenarbeit als auch länder- wie gruppenübergreifende Strategien und Projekte, die die einzelnen Diaspora-Vertreter:innen in Verbindung bringen (können) und dialogfähig sind. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf (1) der Einbindung der osteuropäischen Kulturtätigen in den deutschen Kulturbetrieb, (2) möglichen internationalen Kooperationen auf EU-Ebene und (3) dem Erhalt zivilgesellschaftlicher Räume in Herkunftsregionen und im Exil.

Executive Summary

Folgende Aspekte stehen im Mittelpunkt der vorgelegten Studie:

- Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die interkulturelle Zusammenarbeit von Kulturtätigen aus Osteuropa in Zeiten der Krisen,
- Förderprogramme sowie mittel- bis langfristige Perspektiven der Förderung,
- Potenziale länder- und gruppenübergreifender Kooperationen,
- aktuelle Themen und Bereiche (Kunst und Kultur, Bildung und Begegnung, Medien), die für den Dialog nachhaltig genutzt werden können.

Methodisch ist die Studie qualitativ und explorativ angelegt. Sie stützt sich auf aktuelle Befragungen belarussischer, russischer und ukrainischer Kulturtätiger sowie weiterer Akteurinnen und Akteure dieser Emigrationsgemeinschaften. In Interviews wurden bestehende und mögliche Tätigkeitsfelder bi- und multilateraler Kooperationen in Deutschland, Polen und Litauen sowie in den jeweiligen Herkunftsländern und transnational ermittelt. Die daran anschließenden Handlungsempfehlungen thematisieren sowohl die Ressourcen als auch die Grenzen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kulturpolitische Aktivitäten und Diasporaarbeit in Deutschland

Zu den wichtigsten Herausforderungen in den Diasporagemeinschaften in Deutschland gehören:

- persönliche Probleme wie Traumata, plötzlicher Heimatverlust, berufliche Herabstufung, psychische Ermüdung und Apathie,
- alltägliche, bürokratische und zumeist auch sprachliche Schwierigkeiten und Hindernisse,
- Aufenthaltstitel in Deutschland und Gefährdung im Heimatland,
- Präsentation und Kommunikation bi- und trinationaler Projekte in der Öffentlichkeit, insbesondere in Bezug auf russisch-ukrainische Kooperationen, und damit verbundene Sicherheit bzw. Gefährdung in den Herkunftsregionen,
- unzureichendes Interesse der deutschen Öffentlichkeit an dieser Migrationsgemeinschaft sowie an Osteuropa allgemein, medial schwindende Aufmerksamkeit, insbesondere gegenüber den Repressionen in Belarus und Russland.

Darauf basieren die folgenden Handlungsempfehlungen:

- Aufrechterhaltung und Ausbau von Schutzprogrammen; Förderung von Gruppenprojekten statt Einzelpersonen,
- Schaffung von zentralen (digitalen) Informationsplattformen zu Förderprogrammen und Beratungsangeboten,
- spezielle Bildungsangebote im Bereich Vereinsverwaltung, Finanzierung und ehrenamtlicher Tätigkeit,
- Integration der Kulturtätigen in den lokalen Kulturbetrieb, z. B. durch Projekte und Volontariate zwischen Diasporagemeinschaften und lokalen deutschen NGOs,
- Stärkung intra- und interdiasporischer Netzwerke unter Einbeziehung bestehender Verbindungen und Plattformen, die im Rahmen der humanitären Hilfe entstanden sind,
- spezifische Förderprogramme für besonders gefährdete Gruppen wie LGBTQ+-Aktivist:innen und ethnische Minderheiten; Projekte zur Selbstorganisation und Empowerment dieser Gruppen,
- Vereinfachung der bürokratischen Prozesse bei Asylanträgen und Aufenthaltsgenehmigungen,
- Forschungsförderung zu Diasporathemen.

Transnationale Diasporagemeinschaften und Netzwerke charakterisieren Herausforderungen wie:

- fehlender Überblick über die Vielfalt an zerstreuten Initiativen, was die Zusammenarbeit erschwert,
- langfristige Aufrechterhaltung der bestehenden Verbindungen im transnationalen Dialog,
- Anschluss an die Organisationen in den Aufnahmegesellschaften und an die ältere Generation der russischsprachigen Migrantinnen und Migranten,
- „Echokammereffekt“: das Phänomen, dass Gruppen oft nur in ihren eigenen Kreisen kommunizieren,
- Abnahme von Aktivitäten durch psychische Ermüdung,
- Sicherheit, darunter auch und vor allem Cybersicherheit.

Daraus lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

- Schaffung von stabilen und langfristig wirkenden transnationalen Dialogplattformen, regelmäßige Präsenztreffen und digitale Verbindungen,
- Durchführung von „Diaspora-Kongressen“ in Drittländern (wie z. B. Armenien oder Georgien), um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten,
- Förderung von Medien im Exil als zentrale Verbindungsmöglichkeiten in die Herkunftsländer,
- Integration von Diasporamitgliedern in lokale Gemeinschaften und Kooperation mit älteren Diaspora-Communitys vor Ort,
- transnationale Weiterbildungen, Bildungs- und Retreat-Programme,
- Analyse von Dynamiken und Diskursen der Migration aus Osteuropa, Ausbau der Osteuropa-Expertise in transnationalem Kontext,
- stärkere Einbeziehung der EU-Länder wie Polen und Litauen in die Analyse der Diasporanetzwerke.

Handlungsräume in den Herkunftsregionen

Für die Ukraine stellt der Krieg die größte Bedrohung für Kultur und Zivilgesellschaft dar. In Belarus und Russland sind verbliebene Initiativen zumeist gezwungen, in den Untergrund zu gehen und Netzwerke zu bilden, in denen Engagement noch möglich ist. Der Erhalt dieser Initiativen und ihrer Verbindungen ins Ausland ist herausfordernd. Hierzu gehören folgende Handlungsempfehlungen:

- flexible und unbürokratische Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten unter Nutzung vertrauenswürdiger Kontakte und privater Begegnungsformate,
- gezielte thematische, transsektorale und internationale Netzwerkförderung,
- Wissens- und Bildungstransfer-Seminare zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure.

Anmerkung zur Transliteration und Internetquellen

Die Transliteration der Namen, Städtenamen und Initiativen erfolgt nach den deutschen wissenschaftlichen Transliterationsnormen und orientiert sich am belarussischen, russischen oder ukrainischen Alphabet. Die Namen der Akteurinnen und Akteure sind in der Sprache angegeben, in der sie vorzugsweise agieren und sich selbst darstellen. Alle im Text angegebenen Internetquellen und Verlinkungen wurden letztmals am 7. April 2024 geprüft.

1. Einleitung

Die politischen Krisen, Konflikte und Kriege, die seit Beginn 2020 zunehmend Osteuropa betreffen, haben neue Wellen der Migration nach Deutschland hervorgerufen und die (Neu-)Formierung von Kulturgemeinschaften im Exil sowie die Politisierung der osteuropäischen Diaspora gefördert. Auslöser dafür waren die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in Belarus, die zum Teil damit einhergehende, steigende Bedrohung und Schließung der Zivilgesellschaft in Russland sowie der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Diese Ereignisse haben auch für den Kultursektor aller drei Länder sowie ihre internationalen Verbindungen weitreichende Folgen. Die Koordinaten in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) verschieben sich seitdem grundlegend. Die Zeitenwende wirkt sich auf die Mittlerorganisationen aus und erfordert die Neugestaltung der zivilgesellschaftlichen Arbeit in der betroffenen Region.

Einige in den Herkunftsländern sehr prominente zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kulturtätige aus Belarus, Russland und der Ukraine sind nun in Deutschland. Sie werden hier unterschiedlich gefördert, rezipiert oder auch marginalisiert, haben unterschiedliche Beziehungen in die Heimat- und benachbarten EU-Länder und stehen als Diasporagemeinschaften teils in gewisser Konkurrenz, teils in Verbindung zueinander.

Diese Personen befinden sich als Migrationsgemeinschaft im Prozess der Identitätsbildung im Ausland und sind sich nicht immer einig, wie sie bezeichnet werden möchten. Geläufig sind Begriffe wie „Diaspora“ (ursprünglich: eine Gruppe von Menschen, die ihre Heimat zumeist unfreiwillig verlassen haben und über mehrere Länder und Regionen verstreut wurden), „Exilanten“ (aufgrund von Ausweisung, Vertreibung oder politischer Verfolgung zur Migration gezwungen) sowie „Migranten“¹. In der Diskussion werden die erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen deutlich, die durch den Zeitpunkt, die

¹ Die IOM definiert Diaspora als „Migranten oder Nachkommen von Migranten, deren Identität und Zugehörigkeitsgefühl durch ihre Migrationserfahrung und ihren Hintergrund geprägt sind“ (IOM Glossary on Migration, 2019). Im Folgenden wird dieser Oberbegriff am häufigsten verwendet. Zu nennen sind weitere Bezeichnungen, die für diese Studie weniger relevant sind: „Flüchtlinge“ (trifft zwar auf weite Teile der ukrainischen Bevölkerung zu, wird jedoch von den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren nicht als Selbstbezeichnung verwendet; im Fall von Belarus und Russland

Beweggründe und die Bedingungen der Auswanderung definiert sind. Während sich Diasporamitglieder durch eine kontinuierliche Verbindung zum Herkunftsland und ein starkes Gruppenbewusstsein, das im Laufe der Zeit erhalten bleibt, charakterisieren, erfolgt der Aufenthalt im Exil in der Regel als Folge von Repressalien. Die Exilantinnen und Exilanten empfinden die in ihrem Herkunftsland bestehenden Verhältnisse als unhaltbar. Für den Fall einer Änderung dieser Verhältnisse wird meist eine Rückkehr angestrebt. Letzteres gilt insbesondere für das heutige Belarus und Russland.

Das schließt nicht aus, dass aus einer Herkunftsregion stammende Diasporamitglieder und Exilantinnen und Exilanten miteinander agieren. Der bi- oder trilaterale Dialog zwischen den einzelnen Personen der Diaspora und Institutionen ist hingegen nicht immer möglich oder erwünscht, wenngleich Kontakte auf der persönlichen Ebene gepflegt werden und Sprachbarrieren nicht gegeben sind.

Mit den bestehenden Schutzprogrammen und Initiativen konnte vielen Kultur-tätigen aus Osteuropa in Deutschland schnell und wirksam geholfen werden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass derartige Instrumente für eine so große Zahl an gefährdeten Künstlerinnen und Künstler nicht ausgerichtet sind.²

Die internationale Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft aus und in Osteuropa ist derzeit durch bilaterale und internationale Dynamiken geprägt: Die belarussische und russische pro-europäisch an demokratischen Werten ausgerichtete Zivilgesellschaft ist heute seitens ihrer Regierung Repressionen ausgesetzt und kann daher fast ausschließlich im Exil arbeiten. Die kulturelle Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Belarus und Russland wurde von den meisten deutschen Institutionen eingestellt, während man sich gleichzeitig bemüht, verbliebene zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen, die staatlich unabhängige Wissenschaft, Kultur und Medien zu schützen, um so zivilgesellschaftliche Räume in diesen beiden Ländern sowie im Exil zu erhalten. In der Ukraine hingegen ist der Kultursektor vor allem aufgrund des Krieges bedroht, und die Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft und Künstlerinnen und Künstler

machen Flüchtlinge hingegen nur einen kleinen Teil der aktuellen Migrationsbewegung aus) oder „relocants“ (meist für Angestellte großer Unternehmen).

² Vgl. dazu 26. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2022, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/098/2009845.pdf>

wurde in den vergangenen zwei Jahren priorisiert und mit deutschen und europäischen Mitteln gefördert.

Die Herausforderungen und Bedarfe nachhaltiger kultureller Zusammenarbeit mit Kulturtätigen aus Belarus, Russland und der Ukraine sind somit nicht deckungsgleich. Die Lage der Künstlerinnen und Künstler in der Diaspora ist dennoch vergleichbar – insbesondere in Bezug auf strukturelle Probleme und Herausforderungen, mit denen diese Gemeinschaften in Deutschland konfrontiert sind, und mit Blick auf Potenziale der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und des internationalen Dialogs.

Die vorliegende Studie hat zum **Ziel**, diese Herausforderungen, Bedarfe und Potenziale zu ermitteln, Differenzen wie auch Ähnlichkeiten zu bestimmen und folgende **Fragen** zu beantworten:

- Welche Rahmenbedingungen bestimmen die belarussische, russische und die ukrainische Diaspora in Deutschland und damit zusammenhängend die interkulturelle Zusammenarbeit in den frühen 2020er Jahren?
- Welche Förderprogramme stehen derzeit zur Verfügung und wie werden sie von den Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Diaspora angenommen? Welche mittel- bis langfristigen Perspektiven ergeben sich aus diesen Programmen für die deutsch-belarussischen, deutsch-ukrainischen und deutsch-russischen Beziehungen und darüber hinaus auch für die multilateralen Beziehungen im ostslawischen Kultursektor?
- Welche Formen der Kulturzusammenarbeit sind in der jeweiligen Diaspora vorhanden? Wie geht man mit dem gemeinsamen historischen Kulturerbe um, das sie einerseits verbindet und andererseits trennt? Gibt es dabei länder- bzw. gruppenübergreifende Verbindungen oder beispielhafte Projekte in Deutschland und in anderen EU-Ländern?
- In welchen Formaten und bei welchen Themen sind länder- und gruppenübergreifende Strategien und Kooperationsprojekte möglich? Wo sind Grenzen der Kooperationen zu verzeichnen?

- Welche Bereiche (Kunst und Kultur, Bildung und Begegnung, Medien) und Themen eignen sich am besten für die interkulturelle Zusammenarbeit und sind dialogfähig?

Neben Programmen und Initiativen, die es in Deutschland gibt, beleuchtet die Studie die Lage zivilgesellschaftlicher Akteure und Akteurinnen aus Belarus, der Ukraine und Russland auch in Polen und Litauen. Aufgrund der geografischen Nähe, der dort bereits vorhandenen Diaspora, der „kleineren“ Sprachbarrieren und der vergleichsweise offenen (zumindest für unmittelbare belarussische und ukrainische Nachbarn) Asyl- und Arbeitsmarktpolitik gehörte Polen in den letzten Jahren zu den wichtigsten Zielländern für belarussische und ukrainische Migrantinnen und Migranten.³ Litauen ist zum Zentrum der belarussischen oppositionellen Politik und Kultur geworden und pflegt außerdem gute politische und kulturelle Beziehungen zur Ukraine.

Die Einbeziehung dieser Länder in die Analyse der Diasporagemeinschaften scheint nach der Parlamentswahl und dem Regierungswechsel in Polen vom Herbst 2023 von besonderer Relevanz zu sein. Durch die Auswanderung der regimemehrheitlichen Migrantinnen und Migranten und der Kriegsflüchtlinge in diese EU- und andere postsowjetische Länder, allen voran Georgien und die zentralasiatischen Staaten, lässt sich die Tätigkeit dieser Gruppen nicht darauf reduzieren, lediglich aus den Aufnahmegesellschaften in die Herkunftsregionen hineinzuwirken (vgl. Golova/Darieva 2023). Zu fragen ist daher nach den Potenzialen von bi-, tri- und multilateralen Projekten und beispielgebenden Initiativen, die mit und mittels der Diaspora realisiert und von Deutschland aus, auf EU-Ebene oder sogar transnational realisiert und gefördert werden können.

³ Eine genaue Zahl der Migranten ist schwer zu ermitteln. Für die belarussische Emigration nach Polen werden z. B. folgende Zahlen genannt, gemessen an erteilten Aufenthaltsgenehmigungen: vor August 2020: ca. 28.000, im August 2023: 91.000. Zieht man weitere Faktoren wie Visaerteilungen hinzu, kommt man auf ca. 300.000 Belarussinnen und Belarussen im Land (lt. Zentrum für Belarussische Solidarität/Centar belaruskaj solidarnasci CBS, <https://belsat.eu/ru/news/24-08-2023-belarusov-v-polshe-uzhe-ne-menee-300-tysjach-migratsiya-uskorilas>). Nach Ausbruch des Angriffskrieges zählte Polen ca. fünf Millionen Grenzübertreter aus der Ukraine, heute leben ca. eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer in diesem Land. In Litauen halten sich nach offiziellen Angaben 63.000 belarussische und 74.000 ukrainische Staatsangehörige auf, die meisten davon in Vilnius (<https://belsat.eu/ru/news/03-04-2024-departament-migratsii-litvy-rasskazal-skolko-v-strane-belarusov-i-pochemu-rost-ih-chisla-zamedlilsya>).

Für die Beantwortung der oben formulierten Fragen wurden 15 Akteurinnen und Akteure aus dem Kultursektor der genannten Länder befragt. Die Befragten gehören unterschiedlichen Bereichen an: Kunst und Performance, unabhängige Kunstkritik, Kuratorientum und Kulturmanagement, Literatur, Forschung, LGBTQ+-Aktivismus, Fraueninitiativen sowie Diasporavereine und -vereinigungen. Manche von ihnen sind in kürzester Zeit in zwei oder drei Länder migriert (etwa aus Belarus in die Ukraine, dann kriegsbedingt nach Georgien und im Anschluss nach Polen) oder sind wieder zurückgekehrt (z. B. aus Russland und der Ukraine nach Deutschland und zurück). Dadurch konnten in den Tiefeninterviews Überlappungen festgestellt und Einblicke in transnationale Netzwerke gewonnen werden. Auf dieser Grundlage wurden mit qualitativen und explorativen Methoden bedeutende Initiativen, Projekte und Netzwerke exemplarisch erfasst und Bedarfe der Kulturtätigen im Ausland ermittelt. Die Erkenntnisse aus dem interviewbasierten Teil bilden die Grundlage für die Analyse von Herausforderungen und Perspektiven der bi- oder multilateralen Kooperationen sowie für die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen.

Diese Studie beruht auf einer Analyse der aktuellen Kulturbeziehungen in ihrer Dynamik, ihrem Potenzial und ihren Grenzen. Dabei werden die Entwicklung der Diasporagemeinschaften aus Belarus, Russland und der Ukraine in den 2020er Jahren skizziert und Veränderungen der Rahmenbedingungen sowie Auswirkungen der interkulturellen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit für institutionelles oder individuelles Engagement dokumentiert (Kapitel 1). Die Beschreibung der bi- und multilateralen Beziehungen und kulturpolitischen Aktivitäten Deutschlands (Kapitel 2) fokussiert Themenfelder, Formate und Institutionen der interkulturellen Zusammenarbeit in Deutschland selbst sowie darüber hinaus mögliche internationale und transnationale Kooperationen (Kapitel 3). Im Anschluss an die Darstellung vielfältiger Verbindungen im Ausland werden Möglichkeiten des Hineinwirkens in die jeweiligen Herkunftsländer diskutiert (Kapitel 4). Das Einbeziehen der gesamteuropäischen Perspektive in eine Kultur- und Bildungspolitik, die sich auf Kulturtätige in der Diaspora konzentriert, wurde in Interviews von Akteurinnen und Akteuren für sehr gut und perspektivreich befunden. Darüber hinaus wurde die Relevanz von transnationalen Verbindungen unterstrichen.

Krisen und Kultur: politische Emigration, Diaspora und Exil

Der russische militärische Angriff auf die Ukraine, die andauernden Repressionen in Belarus und die massive Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Russland führen zur Verkleinerung der Handlungsräume für kulturellen Austausch und zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Krisen und Konflikte belasten aktuell die Beziehungen sowohl zwischen diesen Ländern als auch zu Deutschland und anderen Mitgliedern der Europäischen Union maßgeblich. Die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter dem autoritären Regime von Aljaksandar Lukaschenka und unter der totalitär gefärbten Politik von Vladimir Putin lassen Kooperationen mit westlichen Institutionen und Akteurinnen und Akteure kaum noch zu. Die wichtigsten deutschen Mittlerorganisationen haben ihre Arbeit in Russland und Belarus eingestellt. Die Tätigkeit dieser Organisationen in der Ukraine wird unter veränderten Bedingungen durchgeführt und neu gestaltet.

Die aktuelle Politik Russlands zielt auf die Leugnung und Zerstörung der kulturellen ukrainischen Eigenständigkeit und Identität ab und stellt auch – wenn gleich noch nicht so offen aggressiv und demonstrativ – die belarussische Souveränität und Kultur infrage. Die Kolonisierung von westlichen Grenzländern, die historisch als Russifizierung (insbesondere im 19. Jahrhundert und zur Sowjetzeit) bekannt ist, findet heute erneut und nicht nur in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten statt. In diesem Zusammenhang spricht man historisch wie heute von „innerer Kolonisation“ Russlands (zum Beispiel Frank 2003, Polenz 2024). Das sogenannte „großrussische“ Denken trifft auch die Bürgerinnen und Bürger der Russischen Föderation, die keine ethnischen Russinnen und Russen sind, die Diskriminierung ausgesetzt werden und dadurch zur vulnerablen Zielgruppe gehören. Beim aktuellen Russland-Diskurs in Deutschland wird oft vergessen, dass es sich hier um einen multinationalen Staat mit unterschiedlichen lokalen Kulturen und Traditionen handelt. Prodemokratischer Aktivismus und Einsatz für Pluralismus gehen oft von der kolonisierten Peripherie und der indigenen Bevölkerung aus. Die Initiativen stellen sich den zentralistischen Konzepten und staatlichen nationalistischen Propaganda-Narrativen entgegen.

Die Einschränkung zivilgesellschaftlichen Handelns, die in Belarus nach den Protesten von 2020 erfolgte, läuft nach demselben Muster wie in Russland seit 2022 ab. Es ist anzunehmen und bereits zu beobachten, dass die Repressionen und die Unterdrückung des verbliebenen unabhängigen Kultursektors nach der Wiederwahl von Vladimir Putin im März 2024 zunehmen und die Handlungsräume für unabhängige Kunst, Bildung und Berichterstattung vollständig getilgt werden bzw. in semioffizielle und private Nischen verdrängt werden.

Die Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Medien ist folglich in allen drei hier behandelten Herkunftsländern bedroht und die Kultur im Krisenmodus begriffen. Die Bewahrung der eigenständigen nationalen Kulturen wie die ukrainische und belarussische sowie der Schutz der demokratischen Werte und der pluralistischen Kulturlandschaft, der Sprachen- und Ethnienvielfalt gehören zu den wichtigsten Anliegen der Kulturtätigen dieser Länder. Ein Großteil davon befindet sich derzeit im europäischen Ausland. Sie bilden Diasporagemeinschaften oder verstehen sich als „zur Emigration gezwungene“ und im Exil lebende Personen.

Dabei ist bei den hier betrachteten Gruppen eine Besonderheit zu beachten: Sie kommen seit 2020 aus politischen Gründen nach Deutschland und Europa und grenzen sich bewusst von der postsowjetischen, russischsprachigen Emigrationsgemeinschaft ab. So nahmen die Belarussinnen und Belarussen ihre kulturelle und ethnische-nationale Identität 2020 als Grundlage, um sich im Ausland zusammenzuschließen, zu solidarisieren, zu mobilisieren und zu organisieren. Nicht nur gemeinsame historische und kulturelle Wurzeln, Opfernarrative und von Russland abgrenzende Identitätskonstruktionen verbinden sie mit den geflüchteten ukrainischen Akteurinnen und Akteuren. Durch die Antikriegshaltung und demokratische Einstellungen haben sie ebenso Parallelen zu den seit Kriegsbeginn emigrierten Russinnen und Russen. Für diese drei Gruppen gemeinschaftsbildend sind außerdem dekoloniale, feministische und Menschenrechtsinitiativen.

Somit haben sich in den frühen 2020er Jahren neue Diasporagemeinschaften formiert, die von den hier länger lebenden belarussischen, russischen und ukrainischen Migrantinnen und Migranten zu unterscheiden sind. Aufgrund der vielfältigen postsowjetischen Einwanderungsgeschichten, sozialen und ethnischen Unterschiede unter russischsprachigen Migrantinnen und Migranten entsteht

dadurch einerseits Konfliktpotenzial innerhalb der Diaspora. Anstelle des post-sowjetischen Konglomerats entstehen jüngere und politisch aktive „Schicksalsgemeinschaften“, die als Ressource für einen Dialog genutzt werden könnten. Kooperationen mit Teilen der „älteren“ Communitys würden es andererseits zugleich erlauben, „von deren kultureller und anderweitiger Integration zu profitieren und die Zielpublika in Aufnahmegesellschaften zu erweitern“ (Golova/Dariewa 2023: 7).

Abgesehen von den Problemen, denen sich alle neuen Migrantinnen- und Migrantengruppen gegenübersehen (wie Sprachbarriere, Wohnungssuche, Arbeitsmarktintegration, soziale Integration, Bürokratie und rechtliche Hürden), gibt es spezifische Herausforderungen, mit denen ausländische Kulturtätige in Deutschland konfrontiert sind. Dazu gehören unter anderem kulturelle und institutionelle Unterschiede, nötige Netzwerke und Kontakte in der Kulturszene, plötzlich fehlende Anerkennung und Sichtbarkeit. Viele Kulturtätige arbeiten freiberuflich oder auf Projektbasis, was zu finanzieller Unsicherheit führt und darüber hinaus den Aufenthaltsstatus und die Arbeitsfähigkeit beeinflusst. Der Zugang zu Ressourcen wie Proberäumen, Studios und Galerien kann begrenzt sein, besonders für diejenigen ohne festes Netzwerk oder finanzielle Mittel.

Unterschiede gibt es bei den Formalien wie Aufenthaltsrecht und Visatypen sowie bei den Verbindungen in die jeweiligen Herkunftsregionen. Während ukrainische Kulturtätige und Akteurinnen und Akteure aus dem Bildungs- und NGO-Bereich enge Kontakte zu den in der Ukraine verbliebenen Kolleginnen und Kollegen pflegen, zum Teil auch bewusst in beiden Ländern leben und arbeiten und sich nicht zwingend als Diaspora verstehen, sind belarussische und zunehmend auch russische Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen Kulturszene von direkten Kontakten in die Heimatländer nahezu abgeschnitten. Aus Sicherheitsgründen verlagert sich die Kommunikation in einen privaten Bereich. Infolge der Repressionen und gesetzlichen Willkür können politisch engagierte Belarussinnen und Belarussen in der Regel nicht nach Hause reisen. Bei ukrainischen und russischen Projekten und Initiativen ist zu berücksichtigen, dass die männlichen Personen aufgrund der Wehrpflicht nicht ein- oder ausreisen dürfen.

Die anfängliche Hoffnung, dass man sich in Europa auf einem kurzen Auslandsaufenthalt befindet, hat sich bei allen Gruppen aufgrund der aktuellen politischen Situation und der andauernden Konflikte verflüchtigt. Ein Großteil der emigrierten Kulturtätigen stellt sich darauf ein, länger zu bleiben, sich intensiver in die Gesellschaft zu integrieren, sich an interkulturellen Initiativen zu beteiligen und sich für ihre Herkunftsregionen, für demokratische Werte und den Erhalt der eigenen kulturellen Identität vom Ausland aus zu engagieren.

Das schafft Anreize zur Konsolidierung der aktiven Mitglieder der Diaspora und ihrer (Selbst-)Organisation. Zudem entstehen inoffizielle und teils offizielle Verbindungen zwischen den Diasporagemeinschaften, die sowohl binational (russisch-belarussisch, belarussisch-ukrainisch, seltener russisch-ukrainisch) als auch international (belarussisch-litauisch-polnisch, belarussisch-ukrainisch-litauisch usw.) funktionieren und vor allem aufgrund ihrer prodemokratischen und dekolonialen Antikriegshaltung miteinander verbunden und dialogfähig sind. Wie sich diese Verbindungen im Einzelnen gestalten lassen, wird im Folgenden erläutert.

2. Kulturpolitische Aktivitäten und Diaspora in Deutschland

Die kulturbasierte zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit sowie Themen wie Freiheit, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie rückten in den letzten zwei Jahren stärker in den Fokus der AKBP in der Ukraine. Das betrifft seit 2022 insbesondere die Ukraine-Hilfe in Deutschland sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Um nur einige Beispiele zu nennen: Im Bildungsbereich sind in der Ukraine nach wie vor eine deutsche Auslandsschule sowie 26 ukrainische Schulen aktiv, die das Deutsche Sprachdiplom (DSD) als Programm im Deutschunterricht anbieten. Die Deutsche Schule Kiew (DSK) konnte den Schulbetrieb zum Teil durch Fernunterricht aufrechterhalten.⁴ Es wurden Maßnahmen getroffen, um vom Krieg betroffenen ukrainischen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu helfen, etwa durch das Stipendien- und Betreuungsprogramm (STIBET), durch DAAD-Stipendien, den Ausbau von Unterstützungskapazitäten der Philipp Schwartz-Initiative (*Philipp Schwartz-Notfonds Ukraine*), der Marie Skłodowska Curie Actions für die Ukraine (*MSCA4Ukraine*), der Hannah-Arendt-Initiative (HAI), der Martin Roth-Initiative und anderen.

Das Sonderprogramm des Auswärtigen Amtes *Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaften und Russland* und Programme der Bundesregierung für Kultur und Medien wie *International Coalition for Filmmakers at Risk* (ICFR), *Writers in Exile* sowie unterschiedliche Residenzprogramme im Ausland unterstützen nicht nur Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern auch Akteurinnen und Akteure aus Russland und Belarus. Das Programm *Östliche Partnerschaften und Russland* (ÖPR), das 2014 vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen wurde, bleibt gerade infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ein wichtiges Instrument zur Stärkung der ukrainischen Zivilgesellschaft und des kulturellen Austausches. So wurden 2022 „rund 200 Projekte umgesetzt, u. a. zur Stärkung der Resilienz gegen Desinformation und zum Schutz vulnerabler Gruppen, wie Frauen und Kindern, LGBTIQ-Personen oder Menschen mit Behinderung“ (26. Bericht der Bundesregierung 2023: 24). Als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen wurden Projekte gestartet, die exterritorial angelegt sind, sich als Orte des interkulturellen Austausches verstehen und zum Ziel haben, künstlerische und intellektuelle Freiräume für geflüchtete Menschen zu erhalten. Ein gutes Beispiel hierfür ist

⁴ 26. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/098/2009845.pdf>

das Goethe-Institut im Exil, das zuerst die Ukraine in den Fokus nahm (im Oktober 2022) und im Februar 2024 – nach Afghanistan und Syrien – auch Belarus als einen weiteren Länderschwerpunkt eröffnete.⁵ Darüber hinaus bieten regionale Projekte – wie etwa *PlattformB – Place for artists in exile*⁶ mit Sitz in Stuttgart – nützliche Dialogplattformen an.

Aktuell laufende Schutzprogramme schließen das Ziel mit ein, osteuropäische Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft im (temporären) Exil handlungsfähig zu halten und somit dem drohenden Zerfall zivilgesellschaftlicher Strukturen in Russland und Belarus entgegenzuwirken. Sie kommen dem Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen entgegen und werden dankend angenommen, jedoch von den Empfängerinnen und Empfängern in Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit auch kritisch hinterfragt. Die für diese Studie befragten Geförderten und Projektbeteiligten (Martin Roth- und Philipp Schwartz-Initiative) nannten eine Reihe von Problemen und Herausforderungen, mit denen sie trotz der Unterstützung in Deutschland in Berührung kommen:

Die meisten Programme sind als Sofort- oder kurzzeitige Hilfe gedacht. Die Projekte können nicht immer auf einem qualitativ guten Niveau durchgeführt werden, weil die Geförderten zu Beginn der Förderung noch mit den Alltagsschwierigkeiten nach dem Ankommen und gegen Ende des Programms damit beschäftigt sind, weitere Fördermöglichkeiten zu suchen (Bogerts/Yilmaz-Dreger 2024: 40 ff.). Zwar finden einzelne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und Kulturtätige eine Anstellung oder Folgeprojekte; die Ungewissheit erlaubt es ihnen jedoch nicht, an langfristigen Projekten zu arbeiten und nachhaltige Ideen für die Integration und den interkulturellen Austausch zu entwickeln.

Bemängelt wurde neben der fehlenden Nachhaltigkeit das nicht vorhandene Interesse der Aufnahmeinstitutionen an einer engen Zusammenarbeit und weiteren Kooperationen mit den ausländischen Kulturtätigen. Die Aufmerksamkeit, die ihnen im Rahmen der Förderung punktuell entgegengebracht werde, schwinde nach Projektabschluss. Der Anschluss an die deutsche Kulturszene und Gesellschaft finde in solchen Fällen nur bedingt oder gar nicht statt. So werden Kunstwerke oder andere Produkte von Diasporamitgliedern nur temporär

⁵ <https://www.goethe.de/prj/gex/de/index.html>

⁶ <https://www.plattformb.art/>

sichtbar gemacht, beispielsweise in Form einer Ausstellung oder einer Veranstaltung. Sie verbleiben danach im Besitz der Künstlerinnen und Künstler und geraten zusammen mit den Produzierenden in Vergessenheit. Zudem, so die Klage, erhalten die Geförderten keine Rückmeldung von den deutschen Partnern zu ihrer Arbeit und sind dadurch verunsichert. Hinzu kommen psychologische Probleme wie der Verlust der Heimat, womöglich auch von Angehörigen, und der Verlust des Umfeldes, in dem man früher aktiv und kreativ gearbeitet hat. Die meisten Kulturtätigen und Forschenden, die in ihren Heimatländern bekannt und angesehen waren, werden in Deutschland in ihrem professionellen Können herabgestuft und sind mit einem Neubeginn konfrontiert. In mehreren Interviews beobachteten Akteure und Akteurinnen die Tendenz einer anfänglichen starken Konzentration auf die Probleme im Herkunftsland und die Brüche in den eigenen Biografien, die eine erfolgreiche Integration, insbesondere im beruflichen Bereich, in die Aufnahmegesellschaft behindert. Die Mehrheit von ihnen hat die Heimat fluchtartig und unvorbereitet, mit begrenzten finanziellen Ressourcen verlassen. Es fehlen Sprachkenntnisse und Kenntnisse der beruflichen Strukturen und des Alltags in Deutschland. Zudem ist es nicht einfach, einen Platz in den Sprach- und Integrationskursen zu bekommen, sofern diese nicht bei den Hilfsprogrammen selbst vorgesehen sind. Positiv hervorgehoben wurde die Rolle der Mentorinnen und Mentoren, die bei den Schutzprogrammen den Betroffenen helfen.

Akteure und Akteurinnen aus der Ukraine halten in den meisten Fällen ihre Verbindungen in die Heimat und arbeite(te)n vom Ausland aus weiterhin in der Ukraine. Das gilt insbesondere für die freischaffenden Vertreterinnen und Vertreter der Kulturszene und der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Wenn die in der Ukraine Angestellten in Deutschland Unterstützung erfahren, so werden sie entweder im Rahmen von bilateralen Projekten gefördert (z. B. durch Programme des DAAD) oder sie nehmen unbezahlten Urlaub für die Zeit der Förderung, um ihre Stelle in der Ukraine zu behalten. Im Herbst 2023 wurden ukrainische Arbeitnehmende aufgerufen, an ihre Arbeitsplätze in das Heimatland zurückzukehren, wenn sie diese nicht dauerhaft verlieren wollten. Auch die an den ukrainischen Universitäten immatrikulierten Studierenden wurden gebeten, in den Präsenzunterricht zurückzukehren. Einige folgten dem Aufruf, andere (die Mehrheit) bleiben aus Sicherheitsgründen, mindestens solange der Krieg noch anhält, im Ausland. Abgesehen von fehlender Sicherheit und andauernden Angriffen sind ukrainische Universitäten und Bildungseinrichtungen durch den

Abgang des qualifizierten wissenschaftlichen Personals und der Studierenden für bereits Migrierte weniger attraktiv geworden. Gleichzeitig kommen die deutschen Bildungsstätten trotz vieler Angebote und Förderprogramme dem steigenden Bedarf an Wissenserwerb nicht nach – vor allem aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse der Bewerberinnen und Bewerber und der langwierigen bürokratischen Prozesse an den Institutionen selbst. Besonders prekär ist die Lage der ukrainischen Schulabgängerinnen und -abgänger. Wie alle anderen Bildungsländer auch, können die ukrainischen Abiturientinnen und Abiturienten nicht nach dem Schulabschluss das Studium in Deutschland aufnehmen, sondern müssen – je nach Regelungen des jeweiligen Standortes – ein Studienkolleg absolvieren oder im besten Fall einen Hochschulzulassungstest⁷ bestehen.

Formale, bürokratische Hindernisse wie etwa Aufenthaltstitel sind für viele ein Problem. Besonders hart trifft es Belarussinnen und Belarussen, deren belarussische Pässe ablaufen. Nach dem Präsidialerlass Nr. 278 vom September 2023 können belarussische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die im Ausland leben, an den diplomatischen Vertretungen keine Ausweisdokumente mehr erhalten und sind damit zur Rückreise in die Heimat verpflichtet.⁸ Von dieser Regelung sind außerdem Eigentumsengeschäfte und die Teilnahme an Wahlen betroffen. Des Weiteren wird nach der aktuellen Gesetzeslage den Personen mit belarussischem Pass die Staatsbürgerschaft entzogen, die in den sogenannten „extremistischen Formationen“ mitwirken oder gemäß „extremistischen“ oder „terroristischen Paragraphen“ vorbestraft sind (Lenkewitsch 2023: 8). Dabei werden immer mehr prominente Vertreterinnen und Vertreter der ausgewanderten belarussischen Kulturszene und Zivilgesellschaft als „extremistisch“ eingestuft. Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten der jüngsten Ausreisewelle ist oppositionell eingestellt und war in der einen oder anderen Weise an den Protesten oder der Unterstützung der Protestierenden und Regimegegnerinnen und -gegner beteiligt. Mit der bürokratisch notwendigen Rückkehr in die Heimat riskieren sie Verfolgung und können inhaftiert werden.

⁷ Z. B. Universität Leipzig für die Ukraine: <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/abitur-2023-05-22>.

⁸ Im Erlass heißt es, dass Reisepässe der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die dauerhaft im Ausland leben, nur von den Meldebehörden am Ort der letzten Meldeadresse im Inland ausgestellt werden können. Auch eine Reihe von weiteren bürokratischen Anliegen fällt unter diese Regelung. Dazu gehören standesamtliche Bescheinigungen, die für die Eheschließung notwendig sind, die Ausstellung von Zeugnis kopien, die Beglaubigung offizieller Dokumente und vieles mehr.

Der Präsidialerlass ist „ein empfindlicher Schlag für alle Emigranten“ (Lenkewitsch 2023: 8) aus Belarus, ganz besonders für öffentlich aktive Aktivistinnen und Aktivisten der Demokratiebewegung und der Diaspora. Personen, die ausländische Hilfe durch die oben genannten Programme und Hilfsmaßnahmen in Deutschland erfahren haben, sind besonders gefährdet. Die Problematik scheint sowohl an den deutschen Behörden als auch bei den deutschen Institutionen, die Kulturtätige aufnehmen, noch nicht angekommen zu sein. Im Grunde kann durch diesen Erlass jede öffentliche regierungskritische Äußerung im Ausland, wo die Kulturtätigen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure relativ sicher sind, sie gefährden, wenn sie früher oder später wegen fehlender Papiere in ihr Herkunftsland reisen müssen. Die geförderten Kulturtätigen fühlen sich mit diesem für sie bedrohlichen bürokratischen Problem alleingelassen. Diese Angelegenheiten werden nicht durch deutsche Partnerinstitutionen, sondern durch Ausländerbehörden geklärt. Es ist nach wie vor unklar, wie mit solchen Personen umgegangen werden soll und wie ihr Aufenthaltsstatus in Deutschland ohne gültigen Nationalpass und konkrete Nachweise der Gefährdung erfolgen kann.⁹

Die Behörden in Russland erklären immer mehr Institutionen zu ‚ausländischen Agenten‘ oder ‚unerwünschten Organisationen‘, die in ‚unfreundschaftlichen Ländern‘ tätig sind (dazu gehören seit Neustem z. B. das ZOIS – *Zentrum für Osteuropa und internationale Studien* und die DGO – *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde*¹⁰ sowie auch führende deutsche politische Stiftungen). Damit sind deren Mitarbeitenden mit russischer Staatsbürgerschaft der Kontakt und die Einreise in die Heimat versperrt. Gleichzeitig werden sowohl Kulturtätige, Forschende wie auch weitere Migrantinnen und Migranten mit russischem Pass aufgrund ihrer Herkunft in europäischen Ländern bisweilen diskriminiert. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine war die Teilnahme von russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an Konferenzen und Kulturveranstaltungen in Deutschland nicht erwünscht bzw. wurde abgefragt. Bis heute ist zu beobachten, dass Kultureinrichtungen und öffentliche Institutionen in

⁹ Polen z. B. hat auf diese Entwicklung sehr schnell reagiert und stellt betroffenen Personen einen Reiseausweis aus, der als Ersatzdokument fungiert und den Aufenthaltsstatus legalisiert.

¹⁰ Die DGO wurde im Juli 2024 zudem als eine „extremistische Organisation“ eingestuft, s. dazu <https://zeitschriftosteuropa.de/hefte/2024/6-7/fabrizierte-feinde/>

Deutschland die Präsentation von Kunst- und Kulturtätigen aus Russland vermeiden – aus Unsicherheit oder Angst, verurteilt zu werden. Das Gleiche trifft auf ukrainisch-russische Kooperationsformate zu. Hier haben vor allem ukrainische Beteiligte Bedenken, in der Öffentlichkeit eine Bühne mit (durchaus privat befreundeten und gleichgesinnten) russischen Kolleginnen und Kollegen zu teilen. In der ukrainischen Kultur-Community herrscht die Position vor, man solle den russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern als Angreifende keine Stimme geben, selbst wenn diese Stimme russlandkritisch sei. Es sind Fälle von Anfeindungen und Hetzkampagnen seitens der ukrainischen Öffentlichkeit bekannt, die nach gemeinsamen ukrainisch-russischen Auftritten im Ausland gegen die beteiligten Künstlerinnen und Künstler gerichtet wurden.

Besonders heftig wurde der Streit in der Literaturszene ausgetragen. So trat im Mai 2023 Masha Gessen, eine bekannte Putin-Kritikerin, von ihrem Posten als Vizepräsidentin des Schriftstellerverbandes PEN America zurück, nachdem auf dem Schriftstellerkongress „Poets, Essayists, Novelists“ die Teilnahme russischer Dissidenten abgesagt wurde – nach Drohungen und aus Rücksicht auf ukrainische Teilnehmende.¹¹ Der ukrainische Starautor Jurij Andruchowytsh war 2022 an den virtuellen Pranger gestellt und angefeindet worden. Das staatliche ukrainische Buchinstitut hatte in diversen sozialen Netzwerken provokant darauf hingewiesen, dass der Schriftsteller bei einem norwegischen Literaturfestival gemeinsam mit dem aus Russland stammenden und seit vielen Jahren in der Schweiz lebenden Literaten sowie deklarierten Putin-Kritiker, Michail Schischkin, aufgetreten war.

Ungeachtet solcher Hetzkampagnen werden bilaterale russisch-ukrainische Verbindungen im Ausland gepflegt, die Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten ist möglich und auf persönlicher Ebene sogar erwünscht. Ein Beispiel dafür ist eine ukrainische Gruppenausstellung in Deutschland (aus Sicherheitsgründen baten die Teilnehmenden darum, weder Namen noch den Ort des Projekts zu nennen). Die ukrainischen Kuratoren arbeiteten an der Konzeption und Durchführung der Ausstellung eng mit einem Kollegen zusammen, der einen russischen Pass besitzt und in Fachkreisen bekannt ist. Alle drei Mitglieder des

¹¹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/masha-gessen-pen-america-ruecktritt-ukrainekrieg-1.5867546>

Kuratorenteam kennen sich seit Langem und sind privat befreundet. Ukrainische Künstlerinnen und Künstler arbeiteten im Rahmen des Projekts mit diesem russischen Kurator zusammen, sogar solche, die sich in der Öffentlichkeit aktiv gegen Kooperationen mit russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aussprechen. Das Museum führte bei der öffentlichen Präsentation und Bewerbung der Ausstellung den Namen des russischen Mitarbeiters nicht auf – nicht nur im Interesse der ukrainischen Beteiligten, sondern auch im Interesse des Kurators russischer Herkunft selbst. Die Zusammenarbeit der russischen Kulturtätigen (aber auch der Forschenden und anderen Aktivistinnen und Aktivisten) mit ukrainischen Kolleginnen und Kollegen ist unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit in ihren Herkunftsländern gefährlich. Ähnliches lässt sich bei den ukrainisch-belarussischen Kooperationen beobachten.

In Bezug auf bilaterale ukrainisch-belarussische Projekte im Ausland gibt es allerdings deutlich weniger Berührungspunkte. Es überwiegt eher das Verständnis, dass die emigrierten belarussischen Kulturtätigen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure regimekritisch und ähnlich wie die Ukrainerinnen und Ukrainer Opfer der aggressiven Außenpolitik Putins sind. Positiv schlägt zu Buche, dass sich Hunderttausende von Belarussinnen und Belarussen gegen das Regime aufgelehnt haben und die Ukraine 2020 sehr viele belarussische Kulturtätige, Aktivistinnen und Aktivisten sowie ganze Unternehmen (in Form von *relocation*) aufgenommen hat. Gemeinsame Projekte, grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit und persönliche Verbindungen haben hier eine lange Tradition.

So ist es nicht verwunderlich, dass beim Zustrom der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine die belarussische Diaspora sofort aktiv wurde und den Schwerpunkt ihres Engagements in Richtung Ukraine-Hilfe verlegte.¹² Organisierte belarussische Vereine und Vereinigungen in Deutschland (wie auch in Polen und anderen Ländern) positionieren sich demonstrativ als pro-ukrainisch. Beispielhaft sei hier

¹² Zahlreiche prominente Kulturtätige aus Belarus engagieren sich für die Ukraine und reisen in die Kriegsgebiete. Sie wechseln auch sprachlich zum Ukrainischen und demonstrieren somit die Solidarität mit dem Nachbarn. Stellvertretend seien hier zwei Beispiele aus dem Bereich der Musik genannt: Sjarhej Michalok (belarussischer Punkrock-Musiker, der die ukrainische Protestbewegung seit Längerem begleitet und in der Ukraine lebt) sowie Margarita Levchuk (ehemalige Opernsängerin und heute bekannte Regimekritikerin und YouTube-Bloggerin).

die Tätigkeit des Diasporaver eins *Belarussische Gemeinschaft Razam e. V.* genannt. Sein Selbstverständnis enthält folgende Formulierung: „Wir stehen an der Seite unserer Freundinnen und Freunde in der Ukraine, denn wir wissen: Ohne eine sichere Ukraine – kein freies Belarus. Ohne ein freies Belarus – keine sichere Ukraine!“ (<https://razam.de/>).

Selbstverständlich hat die bereits vor 2020 bestehende ukrainische Diaspora eine zentrale Rolle bei der Unterstützung von Kriegsflüchtlingen und der Integration der zivilgesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen gespielt. Aber auch die hier schon länger lebenden Migrantinnen und Migranten russischer Herkunft und anderer russischsprachigen (postsowjetischen) Diasporagemeinschaften unterstützen auf vielfältige Weise die ukrainischen Geflüchteten, vor allem in der humanitären Hilfe. Vielerorts sind 2022 Vereine und horizontale, selbstorganisierte Strukturen entstanden, die sich primär um humanitäre Fragen kümmern. Inzwischen ist der Bedarf an dieser Art von Engagement nicht mehr so groß, die staatliche Hilfe in Deutschland ist gut organisiert. Die entstandenen Netzwerke werden aber zum Teil als Plattformen genutzt, um weitere Kooperationen und Integrationsprojekte zu entwickeln. Sie bieten einerseits Begegnungsformate sowie psychologische und andere Beratung für ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an, andererseits öffnen sie sich immer mehr anderen Diasporagemeinschaften und dem deutschen Publikum.

Um es an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen: Der 2021 gegründete Verein *Plattform Dresden e. V.*¹³ hatte zunächst die Förderung deutsch-ukrainischer Beziehungen zum Ziel. Mit Beginn des Krieges wurde der Verein zu einer wichtigen Organisation, die in Sachsen im Raum Dresden verschiedene Hilfsmaßnahmen bündelte und im November 2022 auf der Basis des Vereins ein „Ukrainisches Haus“ eröffnete.¹⁴ Hier werden Begegnungsformate für unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen) und Interessengemeinschaften (Medienschule, ArtHub) aus der Ukraine angeboten und Veranstaltungen mit weiteren Diasporagemeinschaften organisiert, wie z. B. 2023 die Ausstellung *Gemeinsam heimatlos* mit Porträts und Geschichten von Kriegsflüchtlingen aus Li-

¹³ <https://plattform-dresden.de/>

¹⁴ <https://plattform-dresden.de/ukrainisches-haus-ein-zuhause-in-dresden-2-2/>

byen, Syrien, Osteuropa und der Ukraine. Perspektivisch wollen die Vereinsvorsitzenden das Ukrainische Haus zu einem Haus der interkulturellen Begegnung entwickeln und sich vom rein ukrainischen Schwerpunkt lösen.

Gründe dafür sind unter anderem (1) das sinkende Interesse in der deutschen Öffentlichkeit und eine gewisse Ukraine- bzw. Kriegsmüdigkeit in der Gesellschaft¹⁵, (2) die Erkenntnis bei den Geflüchteten, dass Kriegs- und Gewalterfahrungen gleich sind und dass ähnliche Schicksalsgemeinschaften stärker sein können als nationalbezogene Verbindungen. (3) Die Fokussierung auf Kriegsthemen ist auch für die Migrierten auf Dauer belastend; die Gegenwartskultur der Ukraine hat noch andere Facetten und ist nicht auf Widerstand oder Opfer-Narrative zu beschränken. Die Integration in die Aufnahmegesellschaft – so die Einsicht der Befragten – kann und soll mittels Themen erfolgen, die in der deutschen Öffentlichkeit nachgefragt sind.

Entwicklungen wie diese sind kein Einzelfall. Die transnationalen Verbindungen und Netzwerke von Migrantinnen und Migranten werden in unterschiedlichen Vereinen und Projekten seit Längerem genutzt und sind in Bezug auf die jüngste Migrationswelle aus Osteuropa weiter ausbaufähig.

Handlungsempfehlungen

Wie oben detailliert dargestellt, gehören zu den wichtigsten Herausforderungen in den Diasporagemeinschaften in Deutschland:

- persönliche Probleme wie Traumata, plötzlicher Heimatverlust, berufliche Herabstufung und Minderwertigkeitsgefühle, psychische Ermüdung und Apathie,

¹⁵ Diese Tendenz ist bei vielen medialen Themen zu beobachten und bei der ständigen Informationsflut nicht überraschend. Grundsätzlich lässt sich jedoch feststellen, dass im deutschen medialen Diskurs (wie in der Forschung) Osteuropa lange Zeit vernachlässigt wurde. Während die Ukraine aufgrund der Konflikte stärker in das Bewusstsein der Medienkonsumierenden gerückt ist, ist Belarus nach der punktuellen Aufmerksamkeit von 2020–2021 stärker in den Hintergrund getreten. Das am meisten verbreitete mediale Bild ist wieder jenes der „letzten Diktatur Europas“. Auch im Fall von Russland fokussiert man eher die aggressive staatliche Politik, die Zivilgesellschaften dieser Länder geraten meistens aus dem Blick.

- alltägliche, bürokratische und zumeist auch sprachliche Schwierigkeiten und Hindernisse,
- Aufenthaltstitel in Deutschland und Gefährdung im Heimatland,
- Präsentation und Kommunikation bi- und trinationaler Projekte in der Öffentlichkeit, insbesondere in Bezug auf russisch-ukrainische Kooperationen, und eine damit verbundene Gefährdung der Sicherheit in den Herkunftsregionen,
- abflachendes Interesse der deutschen Öffentlichkeit am Kriegsgeschehen und an Nachrichten aus der Ukraine, den Repressionen in Belarus sowie an Osteuropa allgemein.

In Bezug auf bi- und multilaterale Zusammenarbeit ergeben sich aus den dargestellten Tendenzen und Herausforderungen **folgende Handlungsempfehlungen:**

Aufrechterhaltung und Ausbau von Schutzprogrammen

- Emigrierte Kulturtätige, zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen ein wichtiges intellektuelles Kapital dar. Durch den Schutz und die Unterstützung dieser Personen wird sichergestellt, dass ihr Wissen, ihr Potenzial und Engagement weiterhin zur Verfügung stehen, die Verbindungen in die Herkunftsregionen erhalten bleiben und das Wissen über osteuropäische Kultur und Gesellschaft weiter generiert wird. Neben der finanziellen Unterstützung ist eine stärkere Anbindung an die Aufnahmeinstitution essenziell. Oft laufen Projekte von Geförderten isoliert von der Aufnahmeinstitution ab, der bilaterale Austausch mit Kolleginnen und Kollegen sowie in vor Ort bestehenden Netzwerken ist begrenzt. Der Zugang zu Mentoring und professioneller Unterstützung könnte verbessert werden. Die Mentoring-Angebote, die zu Beginn der Förderung zur Verfügung stehen, sollten in der Endphase intensiver genutzt werden, um Geförderten zu helfen, Anschlussprojekte zu finden. Nützlich wären Übergangsfinanzierungen für die Zeit der Beantragung der Anschlussförderung.
- Eine Förderung von Gruppen/Projekten und nicht von einzelnen Personen würde dem Bedarf an Vernetzung entgegenkommen und für gerechtere Verteilung der Ressourcen sorgen. Die Förderung durch Schutzprogramme er-

halten derzeit in der Regel prominente Kulturtätige und Forschende, die bereits an den westlichen Diskurs angeschlossen sind. Jüngeren Vertreterinnen und Vertretern dagegen bleibt der Zugang für solche Programme häufig versperrt.

Schaffung von Informationsplattformen zu deutschen Förderprogrammen und Stipendien

- Viele migrierte Personen haben keine ausreichenden (Sprach-)Kenntnisse oder Informationen über die verschiedenen Förderprogramme und Stipendien, die in Deutschland verfügbar sind. Durch die Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten oder einer zentralen Online-Plattform, die eine Übersicht über Programme bietet, könnten sie Zugang zu diesen Ressourcen erhalten, ihre Bildungs- und Karrieremöglichkeiten verbessern und potenzieller De-Professionalisierung entgegenwirken. Das könnte z. B. auf der Basis von Plattform *Akademisches Netzwerk Osteuropa Akno e. V.* (<https://www.akno.network/>) erfolgen.

Bildungsangebote, Sprachförderung und psychologische Hilfe

- Bildung und Sprachförderung sind entscheidende Instrumente für die Integration und sollten migrierten Kulturtätigen weiterhin zur Verfügung stehen. Spezielle Bildungsangebote im Bereich der Vereinsverwaltung, Finanzierung oder Organisation der ehrenamtlichen Tätigkeit wären hier sehr hilfreich. Möglich wäre die Einbeziehung der älteren, bereits integrierten russischsprachigen Diaspora oder der Diasporaorganisationen in diese Prozesse. Das Projekt *BYLINGUA HELP* stellte 2021 eine der wenigen Initiativen dar, die repressierten Belarussinnen und Belarussen kostenlose Fremdsprachenkurse anbot (<https://bylinguahelp.wixsite.com/belarus>). Die Plattform war insbesondere im ersten Jahr der Einwanderung der Belarussinnen und Belarussen aktiv und könnte als Beispiel genommen werden, um ähnliche Projekte zu initiieren und zu fördern.
- Die politischen Krisen in Osteuropa in dem Ausmaß, in dem sie heute zu beobachten sind, bedeuten auch menschliche Tragödien. In der dortigen Bevölkerung breitet sich Enttäuschung, Resignation, Angst und Hilfslosigkeit aus. Auswanderung oder Exil bieten zwar eine sichere Umgebung, bringen aber

zahlreiche Schwierigkeiten und Alltagsprobleme mit sich: Die Kulturtätigen sind zunächst damit konfrontiert, eine Wohnung, Arbeit und einen Aufenthaltstitel zu bekommen, ihren Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen und eine neue Perspektive für ihr Leben zu entwickeln. Psychologische Betreuung, medizinische Behandlung, sozialer Rückhalt und humanitäre Hilfe sind für sie in einer solchen Situation wichtiger denn je. In diesem Zusammenhang gilt es, bereits existierende Initiativen oder karitative Einrichtungen mit Fördermitteln zu stärken.

Einbeziehung und Integration von migrierten Kulturtätigen in den lokalen Kulturbetrieb oder in Vereinsarbeit

- Fördermittel oder Projekte, die das gegenseitige Engagement der Diasporamitglieder oder ganzer Diasporagemeinschaften mit deutschen NGOs und Organisationen stimulieren, würden deren Isolation und berufliche Herabstufung überwinden und zur Integration beitragen. Möglich wären hierfür Volontariate oder Beteiligungsprogramme, die es den Migrierten erlauben, die deutschen Strukturen kennenzulernen, ihre horizontalen, teils translokalen Verbindungen zu stärken und sich mit den lokalen Initiativen zu vernetzen.
- Im Kulturbereich sind „Doppelprojekte“ (Konzerte, Ausstellungen, Lesungen und Ähnliches) sinnvoll, in denen prominente Vertreterinnen oder Vertreter der lokalen Kulturszene mit den (in Deutschland kaum bekannten) migrierten Künstlerinnen und Künstler auftreten. Dieses Format erfreut sich vor allem in Polen besonderer Popularität und trägt dazu bei, dass Migrantinnen und Migranten die Kultur der Aufnahmegesellschaft kennenlernen und umgekehrt.¹⁶ Das schafft zusätzliche Begegnungsräume und erhöht die Sichtbarkeit der ausländischen Kulturtätigen.

¹⁶ In Deutschland sind solche Projekte auf regionaler Ebene bekannt und unbedingt förderungswürdig. Ein gutes Beispiel für derlei Begegnungsformate liefert das Stadtteil-Filmfestival *Kinoüberland/Filme über den Tellerrand* in Dresden, das nicht nur Filme im bilateralen Format (z. B. Belarus/Portugal; Ukraine/Estland) zeigt, sondern im Anschluss zum gemeinsamen Essen und Austausch einlädt, <http://media.kinoueberland.de/flyer-tellerrand-2023.pdf>.

Stärkung intra- und interdiasporischer Netzwerke

- Stabile Netzwerke innerhalb der Diaspora ermöglichen den Austausch von Ressourcen, Wissen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedern. Um die Stärkung dieser Netzwerke zu erreichen, sollten gezielte Maßnahmen ergriffen werden, wie die Förderung von gemeinschaftlichen Veranstaltungen und Projekten, die Einrichtung von Online-Plattformen für den Informationsaustausch, die Organisation von Schulungen und Workshops sowie die Unterstützung von Community-Leadern und -Organisationen.
- Die Stärkung von Kooperationen einzelner Vereine untereinander kann dazu beitragen, die Solidarität aufrechtzuerhalten und eine Spaltung der Diasporagemeinschaften in Deutschland zu verhindern. Denkbar wäre die Bündelung der zivilgesellschaftlichen Initiativen unter einem Dach (z. B. in einem bundesweiten Netzwerk). Dadurch gewinnen Akteurinnen und Akteure einen besseren Zugang zu Ressourcen, erhalten Informationen und Unterstützung. Dies kann ihr Selbstbewusstsein stärken und sie befähigen, weiterhin aktiv zu bleiben und sich gesellschaftlich zu engagieren.

Gezielte Nutzung und Umwandlung entstandener Verbindungen und Plattformen aus der humanitären Hilfe

- Das Engagement für die Ukraine, das seit 2022 von russischsprachigen Personen und Vereinen aktiv betrieben wird, hat Verbindungen und Plattformen geschaffen, die das Vertrauen zwischen den beteiligten Migrationsgruppen aufgebaut und gestärkt haben. Diese Verbindungen sollten weiter genutzt und ausgebaut werden, um einen Dialog zu fördern und langfristige Lösungen für gemeinsame Probleme zu entwickeln. Dadurch können sowohl Konflikte innerhalb der Diasporagemeinschaften (die sich von der älteren postsowjetischen Diaspora einerseits abgrenzen, andererseits von deren langjährigen Erfahrung profitieren) vermieden als auch Konfliktprävention und Friedensförderung ermöglicht werden.

Gezielte transnationale und transsektorale Förderung

- Aufgrund der starken Dynamik der neuen Migrationswelle und vorhandener Sprachverständigung (durch Russisch) sollten Diasporaprojekte in verschiedenen Bereichen wie z. B. Bildung, Menschenrechte, Feminismus und Umweltschutz transsektoral unterstützt werden. Dies würde die Selbstorganisation und Eigenverantwortung der Diasporagemeinschaften stärken und zur Entwicklung neuer, innovativer Projekte beitragen. Dabei ist es weniger effizient, bi- oder trilaterale Projekte nach dem Muster ‚belarussisch-russisch‘, ‚belarussisch-ukrainisch‘, ‚deutsch-ukrainisch‘ usw. durchzuführen, weil sie aus Sicht der heutigen Akteurinnen und Akteure den Zusammenhalt auf der Ebene der Staaten oder die Abhängigkeit von Russland suggerieren und diejenigen nominell ausschließen, die unterdrückt werden (z. B. Tataren, Jakuten, Burjaten, Tschetschenen usw., die zwar die russische Staatsbürgerschaft besitzen und Russisch sprechen, sich jedoch gar nicht als ‚russisch‘ identifizieren). Besser wäre in diesem Zusammenhang, die Verbindungen auf der Ebene von Großregionen wie z. B. Sibirien, Kaukasus, Osteuropa (Osteuropa und Zentralasien oder Ähnlichem) zu betonen und den Austausch zwischen den Vertreter:innen dieser Regionen und der Zivilgesellschaft im Exil zu fördern.

Unterstützung von marginalisierten Gruppen und darauf bezogene Projekte

- In der aktuellen Situation gilt es, die Aufmerksamkeit für die am meisten gefährdeten Gruppen (wie LGBTQ+-Aktivist:innen, Kriegsgegner:innen und ethnischen Minderheiten aus Russland) zu erhöhen. Sie bringen ein hohes Potenzial für politisches Engagement und einen starken Willen zur Partizipation mit, brauchen aber derzeit mehr Unterstützung. Es könnten gezielt Förderprogramme aufgelegt werden, die diese Gruppen und für sie spezifische Herausforderungen berücksichtigen und Ressourcen bereitstellen, um die Selbstorganisation und das Empowerment vulnerabler Gruppen zu fördern. Projekte wie *Quarteera e. V.*¹⁷ können hierfür richtungsweisend sein.

¹⁷ *Quarteera e. V.* (<https://www.quarteera.de/de>) ist der Verein „russischsprachiger LGBTQ* und ihrer Freunde“. Er setzt sich seit 2011 für die „Sichtbarkeit russischsprachiger LGBTQ*-Menschen in

Abbau übermäßiger bürokratischer Barrieren

- Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, Menschen, die vor politischer Verfolgung fliehen, Schutz zu gewähren. Die Praxis, so die Befragten, zeige im Vergleich zu anderen EU-Ländern wie Polen und Litauen¹⁸, dass bürokratische Barrieren und langwierige Prozesse die Schutzgewährung erschweren. Um dem entgegenzuwirken, sollten die deutschen Behörden ihre Verfahren überprüfen und vereinfachen. Dies könnte z. B. die Einführung digitaler Prozesse, die Schulung von Mitarbeitenden und die Bereitstellung von Ressourcen für die Bearbeitung von Asylanträgen und anderen Verwaltungsakten umfassen. Eine entsprechende Kooperation mit EU-Nachbarländern, internationalen Organisationen und NGOs könnte dabei helfen, sich über bewährte Verfahren auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Von enormer Wichtigkeit ist die Erteilung humanitärer Visa an verfolgte russische und belarussische Staatsbürgerinnen und Bürger, die ihre Heimat aufgrund von Repressionen verlassen. Für Belarussinnen und Belarussen, die bereits in Deutschland leben und mit dem Problem des Passablaufs konfrontiert sind, wäre die Vergabe von Ersatzdokumenten (wie z. B. einem Reisepass für Ausländer:innen) denkbar. Die Förderung von deutschen Institutionen bzw. die Zusammenarbeit mit diesen sollte als Gefährdung in den Herkunftsregionen Russland und Belarus anerkannt werden. Damit würde die Legalisierung (Verlängerung/Änderung des Aufenthaltsstatus) schneller erfolgen.

Deutschland, insbesondere unter der russischsprachigen Bevölkerung“ (ebd.), ein und fördert so das Bewusstsein für LGBTQ* unter russischsprachigen Migrantinnen und Migranten. Die Mitglieder setzen sich zum Ziel, „der Mehrfachdiskriminierung von russischsprachigen LGBTQ*-Menschen (aufgrund ihrer Herkunft, sexueller und geschlechtlicher Identität) entgegenzuwirken“. Sie „bauen eine Gemeinschaft auf, entwickeln die Zivilgesellschaft, fördern die Kunst und engagieren [sich] im Bereich der politischen Bildung“ (ebd.).

¹⁸ Die Befragten nannten hierfür vor allem die bürokratischen Angelegenheiten, die ihrer Erfahrung nach in Deutschland viel Zeit in Anspruch nehmen und teils ungelöst bleiben. Bei den Behörden und in weiten Teilen der Gesellschaft in Polen und Litauen herrscht eine größere Akzeptanz gegenüber den Migrantinnen und Migranten aus Belarus und der Ukraine. Diese Tendenz lässt sich mit einer längeren Tradition in den bilateralen Beziehungen sowie einer besseren Sprachverständigung (Polnisch, Belarussisch, Ukrainisch) begründen.

Gezielte Forschungs- und Projektförderung zu Diasporathemen und Netzwerken

- Kulturtätige, die derzeit in Deutschland, Polen, Litauen oder der Ukraine leben, sind als wichtige Akteurinnen und Akteure beim Aufbau und Aufrechterhalten der demokratischen Strukturen in den Heimatländern zu begreifen. Belarussische und russische Exilant:innen engagieren sich ehrenamtlich und starten neue Projekte und Initiativen, mit denen sie sich aktiv für demokratische Werte einsetzen und z. B. die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen Russland unterstützen. Es ist nicht nur wichtig, solche Initiativen finanziell zu unterstützen, sondern auch, sie analytisch zu erforschen, um die Expertise auf diesem Gebiet zu stärken und darauf aufbauend weitere Handlungsschritte einzuleiten. Stellvertretend seien hier zwei Studien (ähnlich den ifa-Studien) genannt, die am Institut für Europäische Politik (IEP) durchgeführt wurden: *ConnectBY – Belarusian Civil Society in Diaspora* (01.07.2022 – 31.12.2022) und *VisiBYlity* (01.07.2023 – 30.06.2024). Letzteres zielt darauf ab, „Aktivist:innen in ihrem Einsatz für ein demokratisches Belarus vom Exil aus zu unterstützen. Das IEP führt das Projekt mit der Ukrainian Expert Foundation (UEF) sowie der belarussischen Initiative RADAR_BY (Research and Action for a Democratic Accountable and Resilient Belarus) durch“.¹⁹

¹⁹ <https://iep-berlin.de/de/projekte/erweiterung-nachbarschaft-und-zentralasien/visibility-belarus/>

3. Transnationale Diasporagemeinschaften und Netzwerke

Die für die vorliegende Studie durchgeführte Befragung sowie auch andere Untersuchungen der aktuellen Auswanderung aus Osteuropa (Amiryan 2024, Sergeeva/Kamalov 2024, ALDA 2024) zeigen, dass politische und zivilgesellschaftliche Netzwerke von Migrantinnen und Migranten „vielfältige Zielpublika in transnationalen Kontexten direkt oder indirekt ansprechen, dass die Kommunikation auf verschiedenen Wegen erfolgt und dass die Zielgruppen sich bisweilen überlappen“ (Golova/Dariewa 2023: 6). Die Besonderheit der heutigen Migrationsbewegung besteht darin, dass Akteurinnen und Akteure nicht an einem Ort bleiben. Während Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die ihr Land verlassen haben, Zuflucht vor allem in Polen und in Deutschland gefunden haben (oder über Polen nach Deutschland gekommen sind) und die belarussische Diaspora zahlenmäßig in Polen und Litauen überwiegt, waren die häufigsten Aufnahmeländer für russische Staatsangehörige vor allem visafreie Länder wie Georgien, Armenien (vgl. Amiryan 2024), Serbien, Montenegro und die Türkei, aber auch die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan.²⁰ Die Ukraine und Georgien zählten für Belarussinnen und Belarussen unmittelbar nach den Protesten und vor Kriegsbeginn ebenfalls zu beliebten visafreien Auswanderungszielen. Ein Großteil von ihnen migrierte vor allem aus der Ukraine in kürzester Zeit weiter. Es lässt sich feststellen, dass Deutschland – im Vergleich zu Polen, Litauen und Georgien – bislang nicht zu den beliebtesten Auswanderungszielen für russische und belarussische Kulturtätige gehört, auch wenn gerade für politisch Aktive neue Einreisemöglichkeiten und humanitäre Visa ermöglicht wurden. Dennoch besteht in Teilen der Diaspora, derzeit insbesondere in Georgien, der Wunsch, weiter in die EU und vor allem nach Deutschland zu ziehen.

Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: In Georgien löst die Migrationswelle aus Russland Erinnerungen an den russisch-georgischen Krieg von 2008 und Angst vor neuen Konflikten aus, die Solidarität mit der Ukraine ist bemerkenswert hoch. Die neuen Migrantinnen und Migranten mit russischen Pässen werden als Symbol für die Besatzungs- und Kolonialmacht Russlands gesehen (vgl. Golova/Dariewa 2023: 4). Die lokale Bevölkerung differenziert mitunter nicht zwischen den Staatsangehörigen Russlands und russischsprachigen Belarussinnen und Belarussen. Als der Zustrom aus Russland insbesondere nach der dortigen

²⁰ <https://euaa.europa.eu/publications/country-intelligence-report-russia-country-origin>

gen Mobilmachung im September 2022 anstieg, wurden Rufe nach der Einführung einer Visapflicht für russische Staatsangehörige die Einreise nach Georgien laut. Tatiana Golova und Tsypylma Darieva, Forscherinnen am *Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS)*, erklären diese Tendenzen mit anfänglicher Netzworkebildung und Abgrenzungen innerhalb der russischsprachigen Diaspora: „Dies mag unter anderem daran liegen, dass politisch engagierte russische Migrant:innen bisher nur wenig Kontakt zur georgischen Gesellschaft und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgenommen haben. Dies könnte zukünftig den Spielraum ihres gesellschaftlichen Engagements einschränken.“ (Golova/Darieva 2023: 5)

Die Verabschiedung des Gesetzes „über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“ (Mai 2024) ist ein weiterer Tiefschlag für zivilgesellschaftliche Initiativen in Georgien. Es wird befürchtet, das Gesetz könne wie in Russland missbraucht werden, um Geldflüsse zu stoppen und prowestliche Kräfte und Demokratieförderung zu verfolgen.

In Litauen sind in den letzten Monaten Anfeindungen gegen Exil-Belarussinnen und -Belarussen zu beobachten, die auf die gezielte Verbreitung von Falschinformationen (vermutlich durch russische und belarussische Sicherheitsbehörden) zurückzuführen sind. In den Medien und sozialen Netzwerken finden Desinformationskampagnen statt, in denen die russischsprachigen Migrantinnen und Migranten als „Agenten von Putin“ diffamiert und Belarussinnen und Belarussen als Nationalistinnen und Nationalisten dargestellt werden, die Anspruch auf litauisches Territorium erheben.²¹ Sie werden über soziale Medien bedroht und aufgerufen, das Land zu verlassen. Auf diese Weise wird versucht, die Gesellschaft zu spalten und zu polarisieren. Die Angst vor der Ausweitung des Konfliktes und einem Angriff Russlands auf das Baltikum ist in der litauischen Bevölkerung wie auch unter den belarussischen Migrantinnen und Migranten spürbar. Die Solidarität mit der Ukraine wird hingegen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht – auch seitens der Diaspora aus Belarus. Die Tätigkeiten der belarussischen Diaspora-Institutionen und der belarussisch-litauischen Kooperatio-

²¹ Mehr zum gemeinsamen Kulturerbe und belarussisch-litauischen Verbindungen siehe Puksztó 2023.

nen sind aufgrund der aktuellen Feindsetzungen noch nicht eingeschränkt. Perspektivisch könnten sich die Verbreitung von Falschinformationen und Konflikteskalation jedoch als Herausforderung erweisen.

Die Verbindungen in andere EU-Länder sind für die politischen Diaspora- und Exilgemeinschaften in Baltikum, Zentralasien und Kaukasus von zentraler Bedeutung. Im Laufe der Zeit haben sich aufgrund doppelter oder dreifacher Migration von Akteurinnen und Akteuren Netzwerke herausgebildet, die transnational fungieren. Der politisch motivierte Aktivismus außerhalb von Russland und Belarus hat dabei verschiedene Formen, Kommunikationskanäle und Themenbereiche entwickelt. Alle adressieren verschiedene Zielpublika. Für die russische Diaspora machen Golova/Darieva exemplarisch folgende Adressaten aus: „Zivilgesellschaft, die breite Bevölkerung und weitere Akteur:innen in Russland; russische Migrant:innen und ihre Netzwerke in Aufnahmeländern; verschiedene Akteure im Aufnahmeland wie Medien, staatliche und politische Institutionen; Ukrainer:innen, die ihr Land verlassen haben oder noch im Land sind; sowie transnationale Öffentlichkeiten und internationale Organisationen.“ (Golova/Darieva 2023: 3). Diese Zielgruppen werden bei ein und derselben Aktivität über unterschiedliche Kommunikationskanäle angesprochen, was nicht unproblematisch ist. Das gemeinsame Aushandeln von zivilgesellschaftlichen Praktiken steht nach Auffassung von Golova & Darieva noch aus (ebd.); das Bündeln von Überlappungen und Verbindungen von organisierten überregionalen wie transnationalen Netzwerken ist erweiterungsfähig.

Viele Akteur:innen und Akteure sowie Beobachtende stellen sich die Frage, inwiefern Aktivistinnen und Aktivisten das Geschehen und die Gesellschaft in den Herkunftsländern beeinflussen können. Denn sie konnten keine bahnbrechenden Veränderungen bewirken und den Krieg „von innen“ nicht verhindern, selbst als sie sich noch im Land befanden. Weitere Bedenken richten sich darauf, dass diese Personen sich mit der Zeit im Ausland immer mehr von den Realitäten und Bedarfen der Gesellschaft in den Herkunftsländern entfernen würden. Aus Deutschland remigrierte Akteurinnen und Akteure werden mitunter mit den Vorwürfen der ausländischen Beeinflussung konfrontiert und sind in Russland und Belarus zur Zielscheibe für (staatlich geförderte) Feindsetzungen und Denunziationen geworden.

Solche Bedenken hindern Kulturtätige jedoch nicht daran, die Kontakte zum Heimatland aufrechtzuerhalten. Über soziale Medien und persönliche Netzwerke stellen sie nach der Emigration die Verbindung in der Regel schnell wieder her und nutzen die neuen Kommunikationskanäle zum Teil auch, um über politische Themen zu sprechen (vgl. Golova/Darieva 2023: 3). Bezüglich der Themenfelder sind seit Kriegsbeginn zwei Schwerpunkte erkennbar: Zum einen verbreiten die Akteure und Akteurinnen aus dem Ausland unabhängige und alternative Informationen über den Krieg in der Ukraine und wirken somit den Propaganda-Narrativen in Russland und Belarus entgegen. Zum anderen unterstützen sie dort verbliebene Zivilgesellschaften nach Kräften. Russische politische Migrantinnen und Migranten in Georgien und Deutschland etwa sammeln und verbreiten Informationen über Kriegsverbrechen, Korruption, regionale Ungleichheiten in Russland und über die Lage der Geflüchteten und Zwangsumgesiedelten aus der Ukraine (ebd.). Belarussische Organisationen und Medien im Exil dokumentieren Repressionen in Belarus (hier insbesondere das Menschenrechtszentrum *Viasna*²²) und versuchen mit dem Büro von Swetlana Tichanowskaja und dem Vereinten Übergangskabinett (*Ob'jedinnennyj perechodnyj kabinet*, OPK²³) die Probleme im Land auf der europäischen Tagesordnung zu halten sowie überregionale und transnationale Diaspora-Netzwerke zu fördern. Ähnliche Ziele verfolgen oppositionelle politische Stiftungen von Russinnen und Russen im Ausland, die international agieren, z. B. *The Anticorruption Foundation*²⁴ und *Free Russia Foundation*²⁵. Letztere versucht unter anderem am Standort in Georgien (Tiflis), langfristige Strategien gegen die russische Propaganda zu entwickeln, „indem sie kostenlose Schulungen für die Professionalisierung von Graswurzel-Initiativen und einzelnen Aktivist:innen anbieten“ (Golova/Darieva 2023: 3).

Starke institutionelle Verbindungen bestehen zwischen der belarussischen Diaspora in Litauen und Polen, und es wird versucht, sie auf weitere Länder auszuweiten. So fand im März 2024 eine dritte Konferenz der belarussischen Diaspora (nach Warschau und Vilnius) in Prag statt. In diesem Rahmen wurde das „Büro für Demokratische Kräfte“ in der tschechischen Hauptstadt eröffnet

²² <https://spring96.org/en>

²³ <https://tsikhanouskaya.org/ru/opk.html>

²⁴ <https://acf.international>

²⁵ <https://www.4freerussia.org>

und ein Denkmal für den belarussischen Aufklärer Francysk Skaryna enthüllt, der im 16. Jahrhundert die Übersetzung der Bibel ins damalige Belarussische in Prag vornahm und vorher in Vilnius wirkte. Diese Aktion hatte einen symbolischen Charakter und erinnerte an interkulturelle Verbindungen, die weit in die Geschichte zurückreichen.

Weitere Beispiele der transnationalen Zusammenarbeit sind vorwiegend in Vilnius, Warschau und anderen polnischen Großstädten wie Danzig und Breslau anzutreffen. Im Bereich der Kultur und des Kulturmanagements ist exemplarisch die Dialogplattform *Create Culture Group*²⁶ mit Sitz in Vilnius zu nennen. Sie wurde von zwei jungen belarussischen Migrantinnen mit dem Ziel gegründet, „unterschiedliche Erfahrungen zu bündeln und einen neuen Ansatz für die Entwicklung des kulturellen, kreativen und zivilgesellschaftlichen Sektors in Belarus einzuführen“ (orig.: “with the aim of bringing together diverse experiences and introducing a fresh approach to the development of Belarus' cultural, creative and civic sectors“, ebd.), und bietet neben den Veranstaltungs- und Begegnungsräumen das *CreateCultureLab*, das transsektoral arbeitet und Verbindungen zu Fachleuten aus den Bereichen IT, Kultur und Wirtschaft fördert. Mit einem im Zentrum der Stadt gelegenen kostenlosen *Coworking-Space* ist diese Institution offen für lokale Bevölkerung. Die Plattform kooperiert zudem mit der ukrainischen Kulturszene und belarussischen Diaspora in Polen (z. B. in Form von Ausstellungen, gemeinsamen Projekten u. Ä. sowie mit einer kuratierten Online-Plattform für Gegenwartskunst aus Belarus (*curated online platform of Belarussian contemporary art*, #crystalismag).

Im Bildungsbereich ist die *Europäische Humanistische Universität*²⁷ (EHU) in Vilnius nach wie vor richtungsweisend. Sie gilt als Exiluniversität und fungiert als europäische Hochschule für Studierende aus Osteuropa (95 Prozent von

²⁶ <http://createculture.group/eng>

²⁷ Die EHU wurde 1992 in Belarus nach dem Vorbild westlicher Bildungseinrichtungen (unter Aufsicht der belarussischen Ministerien für Bildung und Kultur und mit Unterstützung privater Unternehmen) gegründet. An acht Fakultäten wurden schwerpunktmäßig geisteswissenschaftliche Disziplinen unterrichtet und Europaexpertinnen und -experten ausgebildet. 2002 wurde die EHU in die europäische Hochschulallianz *Campus Europae* aufgenommen. 2004 entzog ihr die belarussische Regierung die von ihr vergebene Lizenz, die Universität wurde geschlossen und den Studierenden der Wechsel an staatliche Universitäten angeboten. Mithilfe europäischer Fördermittel konnte die EHU 2006 im litauischen Vilnius als Exiluniversität wieder öffnen.

ihnen stammen aus Belarus). Nach den Protesten von 2020 hat diese Exiluniversität Lehrkräfte eingestellt, die zuvor in Belarus von staatlichen Universitäten und der Akademie der Wissenschaften aus politischen Gründen entlassen worden waren. Sie vergibt außerdem Lehraufträge und Gastaufenthalte an belarussische Forschende, die in der EU an anderen Standorten lehren.

In akademischen Kreisen anderer Länder wurden mithilfe persönlichen Engagements ebenfalls Hilfsinitiativen gegründet, die gefährdeten Kolleginnen und Kollegen in/aus Belarus, Russland und der Ukraine unterstützen. Zu nennen ist hier in erster Linie das deutsche *Akademische[s] Netzwerk Osteuropa Akno e. V.* Es arbeitet „daran, gemeinsam mit nationalen und europäischen Partner*innen Strukturen und technische Lösungen für ein effektives Unterstützungsnetzwerk für geflüchtete Wissenschaftler*innen und Studierende aus Osteuropa aufzubauen“.²⁸ In Mentoringprogrammen und anderen Projekten werden Expertinnen und Experten aus verschiedenen Ländern, Disziplinen und professionellen Kontexten zusammengebracht und Räume zum Austausch etabliert, in denen die Stimmen politisch Verfolgter gestärkt und die Grundsteine für die Zusammenarbeit mit ungefährdeten Kolleginnen und Kollegen gelegt werden (ebd.).

Auf ähnliche Weise entstanden auf Basis von Graswurzelinitiativen neue Plattformen und öffentliche Räume des translokalen und transnationalen Austausches, zum Beispiel *Reforum Space* (Diskussionsforen in Berlin, Vilnius, Tallin, Tiflis), *Auditoria* (Buchladen und Kulturzentrum in Tiflis), *Panda Platforma* (Kulturtreff-Format in Berlin). In Montenegro wurden die Privatuniversität *Adriatic College*, die *Faculty of Liberal Arts and Sciences* (FLAS) und das europäische Online-Schulprogramm *Kovčeg bez granic* (Arche ohne Grenzen) gegründet.

Im zivilgesellschaftlichen Bereich ist die *Civic Solidarity Platform* (CSP) zu nennen. Diese Plattform bündelt mehr als 90 NGOs, die sich für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Europa, Eurasien und den USA im OSZE-Raum einsetzen. Die Plattform bietet diesen Gruppen einen gemeinsamen Raum, in dem sie ihre Erfahrungen austauschen und neue Kommunikationskanäle und verbesserte Methoden der Zusammenarbeit finden können. „Es soll als

²⁸ <https://www.akno.network/>

Kanal dienen, durch den bürgerliche Aktivist*innen Allianzen bilden, die gegenseitige Unterstützung und Solidarität stärken und ihren Einfluss auf die nationale und internationale Menschenrechtspolitik verbessern können.²⁹ Der deutsche Verein *Austausch e. V.*, der „die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft mit dem Schwerpunkt auf Austausch und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Osteuropa, der Kaukasusregion und Zentralasien“ zum Ziel hat und nach dem Verbot in Russland weiterhin mit unabhängigen russischen Aktivist:innen und Medienschaffenden außerhalb des Landes arbeitet³⁰, ist Mitglied dieser Plattform.

Private und professionelle Netzwerke und Institutionen, die sich 2020 um den Schutz der belarussischen Zivilgesellschaft und 2022 um die Ukraine-Hilfe formierten, leisten heute rechtliche, psychologische und finanzielle Unterstützung für diejenigen, die aus politischen Gründen Belarus und Russland verlassen wollen oder müssen. Mit Spenden unterstützen sie zentrale Diaspora-Institutionen und -Initiativen, politische Gefangene, Frauen-, LGBTQ+- und andere soziale Bewegungen. Beispiele hierfür sind Plattformen wie *Kovcheg (Die Arche)*³¹, die Hilfestellungen für Andersdenkende und politisch verfolgte Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner sowie Emigrantinnen und Emigranten aus Russland leisten.³² Die *Feminist Anti-war Resistance* (FAS) ist eine Organisation, die sich an verschiedene Zielgruppen in Russland aus transnationaler Perspektive richtet. Sie positioniert sich als eine dezentrale und horizontale Bewegung, die sich gegen Russlands Krieg in der Ukraine stellt.

Der Telegramm-Kanal der FAS stellt eine Plattform für Kritik gegen staatliche Propaganda und für die Frauenprotestbewegung zur Verfügung. Die Organisationsform besteht aus vielen kleinen autonomen Zusammenschlüssen, die sowohl transnational als auch in verschiedenen Regionen Russlands vernetzt sind. Darüber hinaus sind weitere Bürgerrechtsinitiativen heute von besonderem Gewicht und ähnlich international organisiert, etwa die Menschenrechtsorganisation *Memorial*, das Netzwerk des russischen Bürgerrechtlers Lev Ponamarev

²⁹ <https://austausch.org/2022/06/01/civic-solidarity-platform/>

³⁰ <https://austausch.org/ueber-uns/>

³¹ Diese Organisation wurde 2022 von der Bürgerrechtlerin und Juristin Anastasija Burakova gegründet und bietet juristische Beratung, Hilfe beim Spracherwerb und psychologische Hilfe an und pflegt darüber hinaus ein Netzwerk für gegenseitige Hilfe unter Geflüchteten in 39 Ländern.

³² <https://kovcheg.live/>

und die Stiftung *Rus' sidjaščaja* (*Russland hinter Gittern*). Hinzu kommen Organisationen, die sich für die Rechte von Medienschaffenden, LGBTQ+-Personen und anderen marginalisierten Gruppen einsetzen.

Die Vernetzung über Telegram-Kanäle ist eine Tendenz, die bei der transnationalen Arbeit unbedingt zu beachten ist (vgl. Sergeeva/Kamalov 2024: 12). Viele zivilgesellschaftliche Initiativen funktionieren nur dank diesem Kommunikationskanal, z. B. das Projekt *Vyvozhuk*, das sich schwieriger Fälle der politischen Verfolgung und Migration annimmt und sich gegen Russlands Krieg und die Diktatur ausspricht.³³ Der Verein *Connection e. V.* betreut einen russischsprachigen Telegram-Kanal zum Thema Kriegsdienstverweigerung und Asylverfahren in der EU. Neben regelmäßigen Updates zur aktuellen Situation russischer, belarussischer und ukrainischer Kriegsdienstverweigerer sowie hilfreichen Hinweisen finden sich dort Kontakte zu russischen, belarussischen, ukrainischen und georgischen Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Die digitale Sicherheit ist in diesem Bereich von enormer Wichtigkeit.

Aufstrebende Kanäle, wie der in Berlin ansässige *Volna*, der über Litauen und Lettland nach Deutschland kam³⁴, sammeln lokale Veranstaltungen und deutsche und internationale Nachrichten, die für russischsprachige Migrantinnen und Migranten relevant sind, und fungieren so als Informationsportale und Plattformen für Vernetzungen. Neben diesen institutionalisierten Kanälen gibt es eine Reihe von bekannten persönlichen Kanälen und Diskussionsplattformen auf Telegram, die sich speziell an Migrierende richten und die Integration in den Mittelpunkt stellen. Ein Beispiel dafür ist der Kanal *Euromancer* von Oleg Lutokhin.³⁵ Der russische Migrant legt den Schwerpunkt nicht nur auf die aktuelle Tagespolitik, sondern auch auf eine Erkundung eines für ihn neuen Ortes. Ein weiteres, neues Internetportal, *Schön*³⁶, entwickelt sich gerade zu einem wichtigen Medium für russischsprachige Migrantinnen und Migranten. Das Telegram-Kanal *reform.by* sammelt und veröffentlicht Informationen, die für belarussische Kulturtätige im Ausland und in Belarus von Bedeutung sind.

³³ <https://t.me/vyvozhuk>, <https://truerussia.org/en/projects/vyvozhuk/>

³⁴ <https://t.me/berlinwelle>

³⁵ <https://t.me/berlinerkindle>

³⁶ <https://schon.berlin/>

Von enormer Wichtigkeit sind zudem YouTube-Kanäle und bekannte YouTube-Blogger:innen, die aktuelle Ereignisse in Interviews einordnen, den staatlichen Propagandanarrativen aus Russland und Belarus entgegenwirken und den demokratischen Kräften weiterhin eine Bühne geben (z. B. für Belarus: der Kanal des Journalisten Nikita Melkozerov³⁷, für Russland der von Jurij Dud³⁸).

Neben den sozialen Medien und Sendungen, die teilweise millionenfach angeklickt werden und die nach wie vor eine wichtige Quelle für unabhängige Informationen für politisch Migrierte darstellen, sind freie Medien im Exil eine zentrale Institution für Berichterstattung. Medienschaffende und Medien, die in Russland als „ausländische Agenten“ eingestuft wurden, setzen ihre Tätigkeit außer Landes fort. Das sind etablierte Plattformen wie *Meduza*, *Dožd*, *The Bell*, *The Insider*, *Novaja gazeta Evropa*, *Dos'e* und weitere. Dazu kommen bekannte regionale Medien, wie *7x7*, das in der Republik Komi entstand, der Fernsehkanal *TV 3* aus Tomsk und das Redaktionsteam *Echo Moskvy* aus Samara (siehe Morozov 2023: 210). Zusammen mit den privaten Kanälen handelt es sich hier „um ein gigantisches System, das mehr und bessere Inhalte produziert als die Medien in Russland“ (ebd.: 211). Eine Problematik besteht hier jedoch darin, dass diese Medien teilweise nur koloniale Diskurse wiedergeben, russische Bürgerinnen und Bürger als Opfer des eigenen Regimes darstellen und so marginalisierten Gruppen zu wenig Aufmerksamkeit schenken.³⁹

Parallel dazu sind Medien-Holdings aus der veränderten Tätigkeit politischer Stiftungen entstanden, beispielsweise die *Chodorkovskij-Stiftung*, die heute aus zahlreichen Medienprojekten besteht. Diese Entwicklung erklärt der russische Politologe Aleksandr Morozov wie folgt: „Die immer härteren Repressionen haben zur Folge, dass Politiker nicht mehr zu Wahlen antreten und keine politischen Strukturen mehr aufbauen können, die gemeinsame Aktionen von Bür-

³⁷ <https://www.youtube.com/channel/UCevXOj07WgmJ8f39rGEmVDA>

³⁸ <https://t.me/yurydud>

³⁹ Für die Berichterstattung zum Krieg z. B. wird Folgendes beobachtet: „Obwohl die Exilmedien den Krieg verurteilen, spielt in ihrem journalistischen Alltag die Erfahrung der ukrainischen Opfer kaum eine Rolle. Nachrichten aus Russland stehen im Vordergrund. Dieser Zugang reduziert die Empathie für die Ukrainer als eigentliche Opfer des Kriegs und fördert unter dem Publikum in Russland und im Exil die Wahrnehmung, selbst Opfer des Krieges zu sein.“ (Morozov, O. 2023: 103).

gern organisieren. Deshalb werden aus ihren Organisationen Medien und aus ihren Anhängern Zuhörer, die passiv bleiben, weil sie entweder nicht mehr in Russland leben oder in Russland handeln können.“ (Morozov, A. 2023: 212) Das Engagement der ehemals aktiven Akteurinnen und Akteure äußert sich in ehrenamtlicher Tätigkeit in Aufnahmeländern oder in Form von Spenden an Nichtregierungsorganisationen. Der politische Aktivismus ist jedoch rückläufig, vor allem in sehr sichtbaren Formen wie Spenden an russische NRO und digitale Aktivitäten. Dieser Rückgang geht einher mit einer deutlichen Zunahme von Angst vor transnationaler Repression: Die Mehrheit der politischen Migrierten (bis zu 80 Prozent) haben Angst vor Verfolgung durch russische Behörden, auch im Ausland.⁴⁰

Darüber hinaus besteht bei allen transnationalen Netzwerken die Gefahr des ‚Echokammereffekts‘. Das heißt, dass sich Akteurinnen und Akteure überwiegend mit Gleichgesinnten austauschen und unter sich bleiben, ohne dass ein Anschluss an die Aufnahmegesellschaft stattfindet und der politische Aktivismus auf andere Migrantinnen und Migranten und auf die breite Öffentlichkeit ausstrahlt.

Eine weitere Schwierigkeit, mit der die Aktivistinnen und Aktivisten konfrontiert sind, sind – wie bereits im Kapitel 2 ausgeführt – Apathie, psychische Ermüdung oder Burnout. In gewissem Maße ist dieses Problem zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren aus Osteuropa stets eigen gewesen, weil das Engagement oft nur zu einer der vielen Nebentätigkeiten gehört, auf freiwilliger Basis erfolgt oder nicht entsprechend belohnt wird. Im Ausland ist die Erosion menschlicher Ressourcen noch deutlicher spürbar, weil man gleichzeitig mit zusätzlichen Alltagsproblemen, bürokratischen Angelegenheiten und zumeist auch mit beruflicher Umorientierung konfrontiert ist.

⁴⁰ <https://outrush.io/>

Handlungsempfehlungen

Zusammengefasst lassen sich die Herausforderungen für transnationale Diasporanetzwerke wie folgt bestimmen:

- fehlender Überblick über die Vielfalt an zerstreuten Initiativen,
- Mangel an Koordination aufgrund von fehlender Kommunikation untereinander,
- Aufrechterhaltung der bestehenden Verbindungen, Fortführung des transnationalen Dialogs,
- Anschluss an die Organisationen in den Aufnahmegesellschaften und die ältere Generation der russischsprachigen Migrantinnen und Migranten, ‚Echokammereffekt‘,
- Abnahme von Aktivitäten durch psychische Ermüdung und Angst vor Repressionen auch im Ausland,
- Herstellung von Sicherheit, darunter auch und vor allem Cybersicherheit der Akteurinnen und Akteure.

Daraus leiten sich folgende **Handlungsempfehlungen** ab:

Gezielte Förderung von bestehenden Verbindungen zwischen den Kulturtätigen in europäischen Ländern und transnationalen Projekten

Die entstandenen transnationalen Netzwerke haben Potenzial, die Solidarität innerhalb der Diaspora zu stärken und den Austausch von Erfahrungen, Ressourcen und Best Practices zu bündeln und zu fördern. Neben der weiteren finanziellen Unterstützung und Förderung solcher Initiativen könnten/sollten staatliche Behörden, internationale Organisationen und Stiftungen gezielt Förderprogramme für transnationale Projekte politischer Akteurinnen und Akteure und Kultur- und Medienschaffenden aus Osteuropa auflegen. Dies kann helfen, die Initiativen zu bündeln und sichtbar zu machen und der Atomisierung der zivilgesellschaftlichen Initiativen entgegenzuwirken. Denkbar wäre hier eine zentrale Online-Ressource, die zahlreiche translokale und transnationale Verbindungen sammelt und eine Plattform zum Austausch bietet.

Um alle oben vorgestellten, teilweise zerstreuten und unübersichtlichen Initiativen zu bündeln und tatsächliche Bedarfe zu eruieren, ist außerdem die Organisation eines internationalen Kongresses (Diaspora-Treffs, derzeit unter Einbezug bilateraler belarussisch-russischer Gruppen, perspektivisch oder in Einzelfällen auch trilateral) erwünscht. Es wäre sinnvoll, auf einer Großveranstaltung (möglicherweise in hybridem Format) die einzelnen Akteurinnen und Akteure zusammenzubringen, in einzelnen Sektionen sowie transsektoral über die zukünftige Ausgestaltung der multilateralen Zusammenarbeit im Exil zu diskutieren und auf dieser Grundlage Projekte, Themenfelder und Formate zu bestimmen, die eine zweckmäßige und bedarfsorientierte Förderung ermöglichen.

Schaffung von stabilen und langfristig wirkenden transnationalen Dialogplattformen

Dialogplattformen bieten einen strukturierten Raum für den offenen Austausch von Ideen, Perspektiven und Informationen zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Von enormer Wichtigkeit sind regelmäßige und längere Treffen von osteuropäischen Diasporamitgliedern aus unterschiedlichen Ländern. Zusätzlich zu vielfältigen digitalen Verbindungen würden stabile Dialogplattformen in Präsenz den Aufbau von Vertrauen zwischen den Akteurinnen und Akteuren fördern sowie die Zusammenarbeit und die Stabilität auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene stärken. Aufgrund der territorialen Zerstreutheit erfordern die heutigen Herausforderungen eine koordinierte Herangehensweise. Dies kann in Format von „Diaspora-Kongressen“ erfolgen, die in Drittländern (nicht in den eigentlichen EU-Ländern, in denen sich eine Diaspora formiert) stattfinden und auch Akteure und Akteurinnen aus den Herkunftsregionen einbeziehen. Priorität hat in diesem Fall die Sicherheit aller Beteiligten.

Förderung von Medien im Exil als eine der zentralen Verbindungsmöglichkeiten in die Herkunftsländer

Für Exilantinnen und Exilanten aus Belarus und Russland ist es von entscheidender Bedeutung, den staatlichen medialen Narrativen eine Alternative zu bieten und die Rolle der Exilmedien bei der Förderung von Demokratie, Meinungsfreiheit und kulturellem Austausch weiter zu unterstreichen. Dafür sind finanzielle Ressourcen erforderlich. Diese können in Form von Zuschüssen, Stipen-

dien oder anderen finanziellen Hilfen erfolgen, um den Betrieb und die Entwicklung der im Exil formierten Medienorganisationen zu gewährleisten. Zur Aufgabe der Medien im Exil gehört auch das Hineinwirken in die Teile der älteren russischsprachigen Diaspora, die apolitisch sind bzw. andere („pro-staatlich russische“) politische Ansichten vertreten. Diese Problematik betrifft aufgrund der vielfältigen postsowjetischen Migrationsgeschichte und daraus hervorgegangenen Gemeinschaften vor allem Deutschland sowie Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Litauen, wo frühere sowjetische Arbeitsmigrantinnen und Umsiedler bis heute leben und in dem 1991 neu gebildeten Staat wenig integriert sind.

Integration von Diasporamitgliedern in lokale Gemeinschaften und Kooperation mit älteren Diaspora-Communitys

Die Kooperation mit Teilen der „älteren“ Communitys bzw. eine Annäherung an die lokale Zivilgesellschaft würden es ermöglichen, „von deren kulturellen und anderweitiger Integration zu profitieren und die Zielpublika in Aufnahmegesellschaften zu erweitern“ (Golova/Dariewa 2023: 7). Die Arbeit mit ihren horizontalen, translokalen und derzeit diffusen Strukturen erfordert mehr Aufwand, kann sich jedoch auszahlen. Fördermittel oder Projekte, die das gegenseitige Engagement der russischsprachigen Gemeinschaften mit inländischen NGOs und Organisationen stimulieren, sind hierfür denkbar.

Unterstützung der gefährdeten Gruppen und der darauf bezogenen Projekte

Diejenigen, die am meisten unter Repressionen gelitten haben oder zu den Gruppen gehören, die in den Herkunftsländern unterdrückt werden, mehr Beachtung finden. Es könnten gezielte Förderprogramme auch auf transnationaler Ebene aufgelegt werden, die Ressourcen bereitstellen und Vernetzungsmöglichkeiten bieten, um die Selbstorganisation und das Empowerment vulnerabler Gruppen zu fördern.

Analyse von Dynamiken und Diskursen der Migration aus Osteuropa, Ausbau der Osteuropa-Expertise in transnationalem Kontext

Um die komplexen Migrationsmuster und Herausforderungen zu verstehen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und die soziale Kohäsion in den betroffenen Gesellschaften zu stärken, ist es erforderlich, diese Prozesse soziologisch zu untersuchen. In Bezug auf Migration aus Russland hat sich auf Basis eines unabhängigen Forschungsprojekts eine zentrale Plattform, *OutRush*⁴¹, etabliert, die die Entwicklungen nach 2022 dokumentiert und Bedarfe für die Diaspora aus Russland ermittelt. Einzelne Projekte dazu werden am ZOiS und am IEP durchgeführt. Wünschenswert sind weitere fundierte Untersuchungen der politischen Migration aus Osteuropa, die nicht nur einzelne Zielländer in den Blick nehmen, sondern auch kontrastiven Analysen liefern.

Transnationale Weiterbildungen, Bildungs- und Retreat-Programme

Bildungs- und Artist-Retreat-Programme bieten den Kulturtätigen, die politische Verfolgung oder andere Formen von Repression und Traumata erfahren haben, eine sichere Umgebung, in der sie frei arbeiten und ihre Ideen entwickeln können. Solche Programme zielen auf Erholung und Ermutigung, im Land zu bleiben, und zeigen den Menschen in den Herkunftsregionen langfristige Perspektiven für ihr Engagement auf. Sie können auch transnational angelegt sein und migrierte Akteure und Akteurinnen aus unterschiedlichen Zielländern gleichzeitig fördern. Dies ermöglicht es Kulturtätigen, die durch die Migration zerstreut wurden, sich wieder zu vernetzen und auszutauschen.

⁴¹ <https://outrush.io/>

4. Handlungsräume in den Herkunftsregionen

Wie oben dargestellt befindet sich die belarussische, russische und ukrainische Zivilgesellschaft in einer schwierigen Situation und ist seit den 2020er Jahren in einem starken Wandel begriffen. Die politischen Rahmenbedingungen, die Zerstörung der aufgebauten Strukturen und die dadurch ausgelöste Auswanderungswelle von Akteurinnen und Akteure zeigen eine Verschärfung des Phänomens der *shrinking spaces* auf. Die Verfolgung von Kritikerinnen und Kritikern des Regimes wird in Belarus seit 2020 systematisch betrieben. Bis heute werden Vertreterinnen und Vertreter des unabhängigen Kultursektors bedroht und verurteilt. Protestteilnehmende werden von den Behörden mithilfe von Videoaufnahmen und medialer Kommunikation auch noch fast vier Jahre nach den Ereignissen ausfindig gemacht und bestraft. Kulturtätige, NGO-Mitarbeitende, führende Forschende der belarussischen Geschichte, Sprache und Kultur wurden entlassen, sind inhaftiert oder mussten Belarus verlassen.⁴² Bekannt sind Fälle von Durchsuchungen und Festnahmen von Verwandten der politischen Gefangenen und Migrierten. Es kommt auch vor, dass Belarussinnen und Belarussen, die außer Landes leben, bei einem Besuch in der Heimat schon bei Grenzübertritt verhaftet werden. Die Justiz basiert auf Einschüchterung und Willkür.⁴³

Nach der Unterzeichnung des Gesetzes gegen Extremismus im Mai 2021 überprüfen staatliche Stellen in Belarus regelmäßig, ob literarische Werke, Musikclips, in Kultur und Bildung engagierte Videoblogs und Telegramkanäle als „extremistisch“ eingestuft und damit verboten werden. Das Gesetz über „ausländische Agenten“, das die Kultur- und Bildungsarbeit in Russland bereits seit 2012 behindert hatte, wurde im Jahr 2022 noch einmal deutlich verschärft.⁴⁴ Menschen oder Organisationen, die als solche „Agenten“ eingestuft werden, sind Repressalien ausgesetzt. Künstler und Künstlerinnen, Medienschaffende und Forschende, die ihre Antikriegshaltung öffentlich zeigen, werden denunziert, verfolgt oder verhaftet. Seit der Vollinvasion in die Ukraine fand in Russland eine Art Spaltung der Gesellschaft statt: in Kriegsgegner und Kriegsbefürworter. Die Mehrheitsgesellschaft konsumiert die staatliche Propaganda. „Wer anfangs zu zweifeln, finde kaum noch eine politisch-gesellschaftliche Kraft, die

⁴² Stand 21. Juni 2024 verzeichnet das Menschenrechtszentrum *Viasna* für Belarus 1427 politische Gefangene, siehe dazu <https://prisoners.spring96.org/be/#list>. Ein Großteil von ihnen sind Kultur- und Medienschaffende, Forschende und zivilgesellschaftliche Akteur:innen.

⁴³ <https://spring.96.org>

⁴⁴ <https://kremlin.ru/acts/bank/48170>

ihn darin bestärke, kein Verräter zu sein.“ (Ackeret 2023). Die Folge ist eine Atmosphäre der Depression und Angst – ja, des Terrors. Die Handlungsräume für unabhängige Kultur sind in einer solchen Situation in diesen beiden Ländern sehr beschränkt.

Im Gegensatz dazu herrscht in der Ukraine Krieg, der das kulturelle Leben auf vielen Ebenen einschränkt. Und dennoch finden dort Kulturveranstaltungen, Konzerte, Lesungen und Buchmessen statt. Die Stärkung der Kulturaktivitäten und das Hineinwirken in die Gesellschaft der Ukraine ist auf der Ebene der offiziellen deutsch-ukrainischen Verbindungen – verglichen mit Russland und Belarus – nicht problematisch. Schon seit 2014 ist unter den ukrainischen Kulturtätigen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ein großes Interesse an der Unterstützung der eigenen Kultur, Identität und der demokratischen Strukturen zu beobachten, welches nach Beginn der russischen Invasion noch stärker zugenommen hat. Die intensive Kulturproduktion ist Ausdruck des Widerstands. Mit der Rückbesinnung auf das Eigene und dem Bezug auf europäische Elemente wehren sich ukrainische Kulturtätige gegen die russische Bedrohung und den russischen Krieg, der nicht nur mit Waffen, sondern auch mit kulturellen Artefakten geführt wird.⁴⁵ Die ukrainische Kultur erlebt in dieser Situation geradezu einen Aufschwung im eigenen Land und erfährt in Europa einen Zuwachs an Aufmerksamkeit.

Das heißt: Der ukrainische Kultursektor wird nicht nur von der eigenen Regierung, sondern auch von ausländischen Partnern vielfältig unterstützt und im europäischen Ausland sichtbar gemacht. Dazu tragen unterschiedliche Fördermaßnahmen und Projekte bei, die sich an ukrainische Organisationen und Kulturtätige in der Ukraine richten (z. B. *touring artists*⁴⁶). Humanitäre Hilfe und zivilgesellschaftliches Engagement von diesen Organisationen und der lokalen Bevölkerung sind in hohem Maße insbesondere in den und für die Kriegsregionen verbreitet.

⁴⁵ Siehe mehr dazu in der Ausgabe der Monatszeitschrift Osteuropa 6–8/2022: Widerstand. Ukrainische Kultur in Zeiten des Krieges.

⁴⁶ <https://kultur.creative-europe-desk.de/news/unterstuetzung-des-ukrainischen-kultursektors/>

Im Gegensatz dazu existiert für das heutige Russland und Belarus mitunter die falsche Vorstellung, dass dort nichts außer propagandistischen Kulturveranstaltungen stattfindet und alle regimekritischen kulturellen Aktivitäten und zivilgesellschaftliche Initiativen ins Exil verlagert seien. Es gibt jedoch auch in diesen Ländern nach wie vor Akteure und Akteurinnen, die sich bewusst gegen die Auswanderung entscheiden und ihre Aktivitäten fortsetzen. Ihre Zahl ist nicht gering. Sie ist schwer konkret zu beziffern, weil der Aktionsradius dieser Personen aus Sicherheitsgründen klein gehalten oder sich auf die Peripherie und private oder semiprivate Räume beschränkt. Es sind kleinere Gemeinschaften, die horizontal organisiert sind und Kultur- und Bildungspolitik und politische Bildung betreiben – zum Teil sogar an staatlichen Institutionen. Ihnen gehören vor allem (aber nicht nur) jüngere Menschen an. Medial bekannt wurde in Russland der Protest der Ehefrauen von Soldaten, die in der Ukraine kämpfen. Sie setzen sich für die Rückkehr ihrer Ehemänner von der Front ein und sind gegen eine weitere Mobilmachung. Dieser Protestbewegung schließen sich auch männliche Teilnehmende an, weil sie einer der wenigen Orte ist, in dem die Meinungsäußerung und Kritik an der Regierung noch möglich ist (wenngleich bei ihren Aktionen zwar nicht die Protestierenden, aber doch Journalistinnen und Journalisten festgenommen werden⁴⁷).

Neben der Antikriegshaltung sind für die in Russland verbliebenen Aktivistinnen und Aktivisten Themen wie Umweltschutz, Feminismus, Dekolonisierung und Schutz der indigenen Bevölkerung, aber auch der Schutz von LGBTQ+-Personen und Menschen mit Behinderung relevant. Der politische Protest setzt sich zumeist aus verborgenen Akten des Dissenses und Praktiken zusammen, die aus der Sowjetzeit bekannt sind. Dubina/Arkhipova beschreiben dieses Phänomen folgendermaßen: „In einem diktatorischen Regime wie dem heutigen Russland, in dem ein offener Akt des Dissenses mit einem sehr hohen Risiko verbunden ist, ist das subversive Potenzial kleiner, alltäglicher Praktiken unter der Bevölkerung größer als in demokratischen Regimen.“ (Dubina/Arkhipova 2023: 3) In der Anthropologie hat James C. Scott diese Formen des Widerstands als „Waffen der Schwachen“ beschrieben. (vgl. ebd.). Sie sind weniger sichtbar und

⁴⁷ Vgl. <https://www.amnesty.de/russland-ukraine-krieg-protest-ehefrauen-soldaten-festnahmen>.

können in Form von Gerüchten, Witzen, Liedern oder Plaudereien mit politischem Inhalt verbreitet werden.⁴⁸ Solche Praktiken sind auch in Belarus bekannt, wo das Partisanentum eine lange Tradition hat und heute im regimekritischen Umfeld und im unabhängigen Kultursektor Anwendung findet (siehe z. B. Weller 2023). Der Umgang mit Zensur und Praktiken der Selbstzensur sind in beiden Ländern historisch ‚eingeübt‘. Die Themenfelder, über die sich Menschen horizontal organisieren und den staatlichen Narrativen entgegensetzen, sind ebenfalls vergleichbar (siehe oben). Die Kontakte ins Ausland sind heute durch virtuelle Verbindungen sichergestellt. Die Teilnahme an Online-Veranstaltungen ist bei Einhaltung von Cybersicherheitsregeln möglich.

Kulturtätige, Forschende und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die emigriert sind und (noch?) nicht ins Visier der Regierungen in Belarus und Russland geraten sind, können nach wie vor in die Herkunftsländer reisen und sich mit den Aktivistinnen und Aktivisten treffen. Sie bereiten sich darauf unter dem Aspekt der Sicherheit genau vor und riskieren gleichzeitig Verfolgung oder Verhaftung. Auch Personen aus westlichen Staaten können in diese Länder reisen, wobei unklar ist, ob und ab wann sie bei ihrer Einreise eine Loyalitätserklärung abgeben müssen. Allen Gefahren zum Trotz finden weiterhin Veranstaltungen statt, die von Andersdenkenden mit Unterstützung der Exilkolleginnen und -kollegen sowie mit ausländischen Mitteln getragen werden. Das Publikum ist in der Regel zwar auf eigene Netzwerke beschränkt, aber nicht unbedingt geschlossen. Wie genau solche informellen Handlungsräume funktionieren und den Zugang zur Öffentlichkeit finden, kann hier vor allem aus Sicherheitsgründen schwer beschrieben werden. In den Netzwerken wird mit solchen Informationen sensibel umgegangen, um diese Räume und Praktiken sowie Akteurinnen und Akteure nicht zu gefährden. Die – von den Befragten als für unbedingt notwendig befundene – Unterstützung der Vielzahl solcher unabhängigen, pro-demokratischen Gemeinschaften und kleineren, zerstreuten Initiativen ist eine Herausforderung. Ein zentrales Risiko stellt hier die Sicherheit der Beteiligten dar.

⁴⁸ Manche versuchen, das Schweigen und Wegschauen der Mehrheit bewusst zu durchbrechen. So beschreibt es ein Aktivist: „Manchmal spreche ich extra laut im Bus über den Krieg. Dann ist es den anderen Passagieren unangenehm, aber sie müssen ja zuhören.“ Siehe weitere Beispiele in Ackeret 2023 und Dubina/Arhipova 2023.

Die autoritären, totalitären Praktiken der Regierungen zeitigten ihre Wirkung: Die Bevölkerung in Russland und Belarus ist eingeschüchtert und immer weniger bereit, sich zu politisch sensiblen Themen zu äußern oder aktiv zu bleiben (geschweige denn zu werden). Das Schweigen bedeutet jedoch nicht unbedingt Unterstützung, im Gegenteil – die Stimmung in der belarussischen Gesellschaft ist sehr pessimistisch, die Zustimmung zur Politik der Regierung hat selbst an staatlichen Stellen einen rein „zeremoniellen“ Charakter und ist Teil der Überlebensstrategie. Der Wunsch nach Veränderungen, der bei den Massenprotesten sichtbar geäußert wurde, ist nicht verschwunden, die Gesellschaft hat sich jedoch apolitisiert. In weiten Teilen Russlands ist die Bevölkerung genauso apolitisch und apathisch. Aufgrund der schieren Größe des Landes und der zumindest scheinbaren Einhaltung der Gesetze scheinen die Handlungsräume für Aktivismus hier jedoch noch vergleichsweise offen zu sein, insbesondere an der Peripherie und unter verschärften Sicherheitsbedingungen seitens der Aktiven. Es gibt nach wie vor sogar ganze ‚Inseln der Freiheit‘, die von Repressionen nicht stark betroffen sind, wie z. B. das *Jelzin-Zentrum* in Jekaterinburg⁴⁹. Bis heute funktioniert es als Ausstellungsraum, Begegnungsort und eine Art Zufluchtsstätte für Veranstaltungen und Organisationen, die anderswo nicht mehr möglich sind (vgl. Ackeret 2023). Ein Teil des Zentrums ist das Museum, in dem Russlands Geschichte als ein „hartnäckiges Ringen um Demokratie und Freiheit“ (ebd.) erzählt wird und dadurch ein Kontrastprogramm zur offiziellen staatlichen Geschichtsschreibung darstellt. Neben solchen verbliebenen ‚Inseln‘ gewinnen private Kontakte und Netzwerke anstelle institutioneller Zusammenarbeit an Relevanz. Es gibt eine Reihe von nicht staatlichen, privaten Organisationen und Mäzenen, die den unabhängigen Kultursektor unterstützen. Wie lange sie es allerdings noch tun werden, ist unklar, denn auch sie – so die Informationen von den betroffenen Befragten – werden durch Hausdurchsuchungen oder Denunziation der von ihnen geförderten Künstlerinnen und Künstlern eingeschüchtert.

Mit der Schließung der kulturellen Vertretungen der Konsulate und Botschaften haben die Institutionen die Möglichkeit verloren, internationale Austauschprogramme durchzuführen; infolgedessen haben die Kulturtätigen Verbindungen nach Europa verloren. Die Ausweisung der bedeutenden Mittlerorganisationen

⁴⁹ <https://yeltsin.ru/>

bedeutet de facto den Abbruch der Verbindungen nach Westen auch im Bildungsbereich und treibt die Gesellschaft in Belarus und Russland in die internationale Isolation.

Während etablierte Künstlerinnen und Künstler und weitere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure noch Kontakt zu ausländischen oder emigrierten Kolleginnen und Kollegen halten können, die sie in der Vergangenheit kennengelernt haben, ist der jüngere Teil des Kultur- und Bildungssektors nicht mehr in der Lage, solche Kontakte zu knüpfen. Die drastische Kürzung der europäischen Programme und die zunehmende Komplexität der bürokratischen Prozesse erschweren die Situation. Jede Privatperson, die ausländische Hilfe etwa in Form von Stipendien erhalten hat, kann zu einem ‚ausländischen Agenten‘ erklärt werden.

Die aktuellen Entwicklungen führen dazu, dass sich die in Russland und Belarus verbliebenen Akteure und Akteurinnen allein gelassen und vom globalen Kulturmarkt abgeschnitten fühlen. Die kleinen Kulturplattformen, die noch funktionieren, haben schlechte Chancen für die Realisierung großer Projekte. Es fehlen finanzielle Mittel und mittel- bis langfristige Perspektiven. Bei männlichen Personen ist die Lage besonders prekär, die Angst vor Mobilmachung ist groß. Zudem beschreiben die Befragten ihre eigene Situation als Lähmung. Mit Kriegsbeginn haben viele Kulturtätige Freiwilligenarbeit geleistet, waren doppelbelastet oder in ihrem eigentlichen professionellen Handeln eingeschränkt. Manche zogen sich in die innere Emigration zurück. Die Herausforderungen sind hier ähnlich wie bei den Akteurinnen und Akteuren im Exil: Verlust der günstigen und sicheren Rahmenbedingungen, Abnahme der Produktivität, Antriebslosigkeit und Depression, fehlende Anerkennung und Burnout. Viele der Befragten geben an, dass sie nach der anfänglichen Lähmung nun nach der richtigen Sprache und den richtigen Formaten suchen, um ihre Aktivitäten fortzusetzen und die sozialen und politischen Probleme anzugehen.

Die zahlreichen Einschränkungen, Zensur und Selbstzensur führen dazu, dass das zivilgesellschaftliche Engagement auf apolitische Themen ausweicht. Das ist ein wichtiger Teil der Überlebensstrategie, auf Dauer stellt es aber ein Problem dar. Denn auf diese Weise schrumpfen die Räume für den politischen Diskurs, der dem staatlichen entgegengesetzt wird, immer mehr und können ganz verschwinden.

Hinzu kommt das Problem mit den Medien: In Belarus sind alle nicht staatlichen Medien und Verlage bereits liquidiert. Fast alle Websites unabhängiger Medien in Russland wurden durch die Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor* 2022 blockiert, genauso wie die Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram des Meta-Konzerns. All diese Medien sind in Russland nur noch über verschlüsselte VPN zu erreichen – das gilt auch für die Kanäle, die sich im Exil neu formiert haben. Für die Netzwerke der Kulturtätigen bedeutete es die Umstellung auf neue Kommunikationskanäle. Obwohl die meisten professionellen Kunstmagazine und Verlage nicht mehr über das regimekritische kulturelle Geschehen und alternative Formate informieren können, gibt es immer noch Plattformen, die Zugang zu Kritik und Reflexion über kulturelle Ereignisse und zivilgesellschaftliche Initiativen bieten. Das Abonnieren dieser Kanäle kann jedoch als eine Straftat eingestuft werden.

In den letzten Jahren fand ein Wechsel hin zur Nutzung von Telegram-Kanälen statt, die unter den Bedingungen der strengen Zensur in Belarus und Russland zu einer wichtigen Quelle für Informationen und Netzwerkbildung geworden sind. Innerhalb dieser Plattform beginnt sich ein eigenes Informationsfeld zu bilden, sowohl aus personalisierten Kanälen als auch aus solchen, die einem bestimmten Thema gewidmet sind, auch kulturellen. Die Tatsache, dass ein Telegram-Kanal zu einem vollwertigen Medienorgan wird, hat sowohl positive als auch negative Seiten. Die Unkompliziertheit und die geringen Ressourcen für die Produktion machen diese Methode für eine kleine Gruppe äußerst attraktiv, während die Anonymität des Kanaleigentümers eine große Frage über die tatsächlichen Ziele des Informationsprojekts aufwirft. Ungeachtet dessen bildet sich um diese Kanäle herum eine Gemeinschaft, die exterritorial funktioniert und über weitere Vernetzungsressourcen verfügt.

Den Medien im Exil kommt die wichtige Aufgabe zu, die interessierte Bevölkerung in den Herkunftsländern mit unabhängigen Informationen und einer Berichterstattung zu versorgen, die dem staatlichen Narrativ entgegenwirkt und eine pluralistische Medienlandschaft aufrechtzuerhalten versucht. Die Rezeption dieser Medien erfolgt unter anderem über Telegram-Kanäle und erfordert bei politisch aktiven Akteurinnen und Akteuren erhöhte Cybersicherheitsmaßnahmen (wie VPN-Verbindungen, das Löschen der gelesenen Inhalte usw.).

Alle befragten Kulturtätigen haben zum Ausdruck gebracht, wie wichtig die Aufrechterhaltung kultureller Verbindungen nicht nur für diejenigen ist, die das Land verlassen haben, sondern auch für die, die geblieben sind. Leider sehen fast sämtliche Befragten keine für alle Beteiligten sicheren Lösungen, wie deutsche oder europäische Kulturtätige und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure mit ihren russischen und belarussischen Kolleginnen und Kollegen im Austausch bleiben und in die Herkunftsländer hineinwirken können. Sie sind sich der Gefahren bewusst und handeln vorsichtig. Dabei wäre nicht nur die Kenntnisnahme der aktuellen osteuropäischen Kultur im europäischen Kulturmilieu und der interkulturelle Dialog so wichtig. Es geht um die Möglichkeit für Kulturtätige in Russland und Belarus, Zugang zur Kommunikation zu bekommen sowie das Gefühl zu erhalten, dass die globale Welt sich ihnen gegenüber nicht verschlossen hat. Die ukrainischen Kulturtätigen befinden sich in dieser Hinsicht in einer günstigeren Situation, da ihnen verschiedene Stiftungen, Museen und Kultureinrichtungen in Europa offenstehen. Die in der Ukraine Verbliebenen (mit Ausnahme von mobilisierungsfähigen Männern) haben die Möglichkeit zu reisen und in den Dialog mit europäischen Kolleginnen und Kollegen zu treten, ohne ihre Arbeit zuhause zu unterbrechen.

Das Aufrechterhalten der Kontakte und internationalen Netzwerke ist auch in Bezug auf eine mögliche (erwartbare) Spaltung innerhalb der Kulturtätigen von Bedeutung. Polarisierungen und Missverständnisse zwischen Emigrierten und Daheimgebliebenen (inklusive gegenseitiger Vorwürfe, zu wenig aktiv zu sein) sind schon heute zu beobachten. Bereits spürbar ist diese Kluft unter den Kulturtätigen aus und in Belarus, wo die Repressionen seit mindestens vier Jahren andauern und die politische Migration eine längere Gegenwartsgeschichte hat.

Handlungsempfehlungen

Für die Ukraine stellt die wichtigste Herausforderung und Bedrohung im Kulturbereich der Krieg dar. Die in Belarus und Russland verbliebenen Initiativen sind gezwungen, nach neuen Formen der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, Geldgebern und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu suchen.

Zu den wichtigen Aufgaben, vor denen zivilgesellschaftliche Organisationen in diesen drei Ländern heute stehen, gehören somit, die physische Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten und darüber hinaus digitale Sicherheit zu garantieren. Damit verbunden ist der zivilgesellschaftliche Sektor mit der Frage nach dem Erhalt der aufgebauten Strukturen und des Engagements konfrontiert. Um die Position der einzelnen Akteurinnen und Akteure zu stärken, ist eine Neukonsolidierung der vom Staat zerstörten zivilgesellschaftlichen Bereiche und der verbliebenen Gruppen notwendig. Das bedeutet die Förderung der Verbindungen zwischen diesen etablierten und gut funktionierenden Initiativen, das Einbeziehen von jungen Initiativen sowie die Intensivierung von Kooperationen.

Herausfordernd sind ferner:

- die mediale und andere Sichtbarmachung der verbliebenen Handlungsräume, die unter schwierigen politischen Bedingungen weiterbestehen bzw. neu entstehen,
- mögliche Gefährdungen durch internationalen Kooperationen,
- den Überblick über die Gemeinschaften und ‚Inseln der Freiheit‘ zu behalten und damit verbunden
- die Gewährleistung ihrer transsektoralen und überregionalen Vernetzung, um dem Gefühl des Verlassen- und Alleinseins entgegenzuwirken und den Anschluss an globale Entwicklungen zu garantieren.

In Bezug auf bi- und multilaterale Zusammenarbeit ergeben sich aus den dargestellten Tendenzen und Herausforderungen folgende Handlungsempfehlungen:

- **Anpassung an die sich ändernden politischen Bedingungen**
Das betrifft vor allem die Finanzierung und die Anforderungen gegenüber den Empfängerorganisationen. Ausländische Fördermittel sind angesichts der zerstörten (Partner-)Organisationen und Initiativen eine wichtige Finanzierungsquelle, die das Funktionieren der Zivilgesellschaft weiter gewährleisten könnte. Da dies institutionell in Russland und Belarus kaum noch möglich ist, sollte die Zusammenarbeit verstärkt auf informellen, privaten Kanälen unter Nutzung bereits aufgebauter vertrauenswürdiger Kontakte und

Netzwerke erfolgen (z. B. durch Überweisungen an private Bankkonten, besser noch Barauszahlungen, Privatreisen etc.) und bürokratisch vereinfacht sein.

– **Stärkung der bestehenden Verbindungen und privater Begegnungsformate**

Neben den digitalen und hybriden Arbeitsformen und Plattformen der Zusammenarbeit sollte nach wie vor Raum für persönliche Begegnungen vorhanden sein. Von Vorteil wäre, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen ihre Attraktivität thematisch wie medial für junge Menschen erhöhen und der Jugendaustausch nach wie vor gefördert würde. Dabei kann man auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgreifen, vorhandene Strukturen und Formate nutzen und diese gegebenenfalls umwandeln. Private Einladungen und Privatreisen stellen heute eine sicherere Variante dar.

– **Gezielte thematische Netzwerkförderung**

Aufgrund der Ausreisewelle von bekannten Akteurinnen und Akteuren sowie der Neujustierung des zivilgesellschaftlichen und kulturellen Sektors ist die Engagementlandschaft in den Herkunftsländern unübersichtlich geworden. Sie war auch früher heterogen und je nach materiellen und immateriellen Ressourcen der Beteiligten fragil. Umso hilfreicher sind jetzt Austausch und gezielte thematische Vernetzungen. Darauf lassen sich langfristige, länderübergreifende Kooperationen aufbauen. Das kann sowohl in Form von regelmäßigen semioffiziellen Treffen oder Seminaren und Bildungslaboren als auch in einem informellen Rahmen, in digitalen, hybriden und Offline-Formaten unter Einbeziehung bereits aufgebauter „alter“ Strukturen und emigrierter Akteurinnen und Akteure erfolgen. Beispielhaft können hier die NGO-Netzwerke in Tiflis (Georgien) genannt werden oder die Vernetzungen von Organisationen, die sich mit der Umweltthematik oder mit Frauenförderung und feministischen Themen in Belarus befassen. Weitere Themen, die dialog- und anschlussfähig sind, wurden im Kapitel 2 und 3 bereits genannt: Flucht, Umgang mit Gewalt (auch häuslicher Gewalt), Menschenrechte und Freiheiten, Genderordnung und Schutz von vulnerablen Gruppen und gefährdeten Kulturen. Wichtig und gemeinschaftsbildend sind Geschichtsaufarbeitung und dekoloniale Konzepte. Da vieles institutionell vor allem in Russland und Belarus nicht mehr möglich ist, ist der Bedarf groß, Geschichte als persönliche Geschichte zu erzählen und in privaten Archiven

digital zu dokumentieren (Ähnliches leistet z. B. die Gesellschaft *Memorial*⁵⁰).

– **Transsektorale und internationale Netzwerkförderung**

Die gezielte Förderung transsektoraler Formate – z. B. Projekte, die Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur in den Herkunftsregionen und im Ausland einbeziehen – könnte zur Konsolidierung und Neuausrichtung der zivilgesellschaftlichen Initiativen beitragen und die Verbindungen international wie innerhalb des Landes intensivieren. Transsektorale Projekte und institutionalisierte, speziell für Belarus einggerichtete Förderstrukturen, die in Ländern wie Polen oder Litauen bereits etabliert sind, könnten hier als Muster für ähnliche Projekte in Deutschland oder als wichtige und erfahrene Zentren oder Kooperationspartner in multinationalen Projekten genutzt werden (z. B. *Belarussisches Haus/Belaruski Dom* und *Zentrum für belarussische Solidarität/CBS* in Warschau, *CreateCultureLab* und *Belarusian Human Rights House* in Vilnius⁵¹). Deutschland- und EU-weite Initiativen, die Online- und Präsenztreffen von sich Engagierenden zum Zwecke der Netzwerkbildung organisieren (wie etwa die des Vereins *Razam e. V.*) sollten unkompliziert, regelmäßig und dauerhaft unterstützt werden. Dabei erscheint es sinnvoller, den grenzüberschreitenden Diskursraum nicht nach Herkunftsländern bzw. Nationen anzubieten, sondern thematische Interessengemeinschaften zu bilden – z. B. Ukraine-Hilfe, Umweltschutz, feministische Gruppierungen, LGBTQ+-Personen, ethnische Minderheiten und andere vulnerable Gruppen.

– **Spezielle Bildungsangebote**

Bei der Neuausrichtung ihrer Tätigkeit fallen Akteurinnen und Akteure aus Osteuropa Wissens- und Bildungslücken auf. Spezielle Bildungsangebote im Bereich der Vereinsverwaltung, Finanzierung oder Organisation der ehrenamtlichen Tätigkeit wären hierfür sehr hilfreich. In Deutschland verfügt man in dieser Hinsicht über deutlich mehr Erfahrungen und kann diese in Form von Wissenstransfer-Seminaren mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und

⁵⁰ <https://www.memo.ru/en-us/>

⁵¹ Die Organisation bietet auch Schulungen für digitale Sicherheit an: <https://belhumanrights.house/en/what-we-do/shkola-lichbavaj-byaspeki-dss375>

Akteuren aus Osteuropa teilen. Als Mittler können hierfür Diasporavertreter:innen agieren, die diese Erfahrungen außerhalb der Herkunftsregionen gesammelt haben. Hier bietet es sich an, kurz- bis mittelfristig regelmäßige Veranstaltungen für Teilnehmende in den Ländern anzusiedeln, in denen die Diaspora stark ist und über institutionelle Ressourcen verfügt (z. B. Im *Belaruskij Dom/Belarussisches Haus* in Warschau). Geeignet hierfür ist entweder ein hybrides Format, das die Veranstaltungen für Teilnehmende aus den Herkunftsländern öffnet, oder Veranstaltungen in visafreien Ländern.

Eine besonders wichtige Zielgruppe sollte die Jugend sein. Im heutigen Belarus und Russland sind Jugendliche stärker denn je einer ideologisch geprägten Bildung ausgesetzt. Sie sind vom direkten (institutionellen) Zugang zur westlichen akademischen Gemeinschaft völlig abgeschnitten. Nur einige wenige von ihnen, die von bereits aufgebauten Netzwerken und persönlichen Kontakten oder von Fremdsprachenkenntnissen profitieren, können am europäischen Gedankengut teilnehmen. Die Emigration mag für herausragende Studierende und Forschende eine Option sein – Schülerinnen und Schüler sowie ihren Eltern steht sie für gewöhnlich jedoch nicht offen. Die Eltern müssen andere Wege finden, um ihre Kinder dem ideologischen Zugriff des Regimes und der Heranziehung zu „systemtreuen“ Bürgerinnen und Bürger zu entziehen. Der Bedarf daran ist seit dem Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen in kritisch denkenden Teilen der Bevölkerung groß. Von großer Bedeutung wären in diesem Zusammenhang Begegnungsräume zwischen Diaspora und den in den Herkunftsregionen verbliebenen Aktivistinnen und Aktivisten. Reguläre persönliche Kontaktgelegenheiten würden eine mögliche Polarisierung zwischen diesen Gruppen minimieren und mittel- bis langfristig Vertrauen aufbauen.

Außerdem sind spezielle Schulungen oder Seminare relevant, die den Umgang mit Cybersicherheit stärken. Während politische Aktivistinnen und Aktivisten mehrheitlich damit verbundene Praktiken und Handlungen kennen, sind Kulturtätige weniger damit vertraut.

– **Fortführung von Retreat-Programmen**

Für gefährdete und zumeist psychisch angeschlagene Akteurinnen und Akteure sind Retreat-Programme im Ausland von besonderer Bedeutung. Sie sollen zur Erholung und Ermutigung beitragen, im Land zu bleiben und den Menschen in den Herkunftsregionen langfristige Perspektiven für ihr Engagement und Veränderungen aufzeigen. Um der Übermüdung und der Erosion der menschlichen Ressourcen entgegenzuwirken, müssen solche Programme, die teilweise in Litauen, Lettland, Polen und Georgien bereits angeboten werden, erweitert und mittel- bis langfristig etabliert werden. Möglich sind solche Retreat-Programme oder Residenzen auch in den Herkunftsländern, wenn sie an der Peripherie stattfinden und privat organisiert sind.

– **Psychologische und humanitäre Hilfe**

Psychologische Betreuung, medizinische Behandlung, sozialer Rückhalt und humanitäre Hilfe sind für alle drei hier behandelten Länder und deren traumatisierten Gesellschaften zentral. In diesem Zusammenhang gilt es, bereits existierende Initiativen (wie z. B. *Časča* in Belarus) oder karitative Einrichtungen im Ausland mit Fördermitteln zu stärken, die sowohl für Exilgemeinschaften als auch für die Menschen vor Ort Hilfe leisten können.

– **Förderung von Medienkompetenzprojekten**

Die Herausbildung von Medienkompetenz ist in der gegenwärtigen staatlichen belarussischen und russischen Bildung nicht vorgesehen. In der Ukraine wurde in den letzten Jahren einiges getan, dennoch sind auch hier noch Defizite zu verzeichnen. Der Informationsfluss wird zwar immer größer, das gilt jedoch auch für die Instrumentalisierung von Informationen und Falschmeldungen (das betrifft ganz besonders die Berichterstattung in Zeiten des Krieges). In dieser Situation ist es wichtig, die Bevölkerung – und zwar sowohl die Jugendlichen als auch junge Erwachsene und ältere Menschen – in den Bildungsdiskurs zu involvieren, indem Grundsätze der Medienarbeit, Prinzipien des Funktionierens des Medienmarktes, Regeln einer sicheren Kommunikation in sozialen Netzwerken, kritisches Denken, Erkennen von Falschmeldungen, Arbeit mit Informationsquellen und Ähnliches vermittelt werden. Dies kann in bereits bewährten Sommerschulen, Medienakademien oder multilateralen Projekten im Rahmen der östlichen Partnerschaften erfolgen. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bilden hier Projekte und Netzwerke,

die in der Ukraine von unterschiedlichen Multiplikatoren⁵², Bildungseinrichtungen⁵³ und Initiativen wie *StopFake*⁵⁴ nach dem Euromaidan durchgeführt wurden (siehe Worschech 2020).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Das Einbeziehen der gesamteuropäischen Perspektive in die Kultur- und Bildungspolitik, die sich auf Kulturtätige in der Diaspora konzentriert, wurde in den Interviews mit Akteurinnen und Akteuren für sehr gut und perspektivreich befunden. Darüber hinaus wurde die Relevanz von transnationalen Verbindungen unterstrichen. Die daraus abgeleiteten, oben skizzierten Handlungsempfehlungen gehen auf diese Bedürfnisse ein. Eine detaillierte Darstellung möglicher Kooperationsformate erfordert weitere Recherchen, die in einem breiteren Rahmen und in Zusammenarbeit mit Partnern aus den genannten Aufnahmegesellschaften durchgeführt werden müssten.

Die Bedarfe in diesen Diasporagruppen sind so vielfältig wie die Ursachen ihrer Migration, dennoch lassen sich strukturelle Probleme und Herausforderungen dieser Gemeinschaften in Deutschland und anderen EU-Ländern miteinander vergleichen. Daraus abgeleitete und hier aufgezeigte Potenziale zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und internationalen Dialogs können oft erst mittel- bis langfristig gehoben werden. Innereuropäische und transregionale Kooperationen sind von zunehmender Bedeutung. Sie tragen dazu bei, die Handlungsfähigkeit der Kulturtätigen aus Osteuropa zu erhalten, dem drohenden Zerfall zivilgesellschaftlicher Strukturen in ihren Herkunftsländern entgegenzuwirken und nicht zuletzt die Resilienz demokratischer Gesellschaften und das Vertrauen in internationale Partnerschaften zu stärken.

⁵² DW Akademie in der Ukraine, <https://www.dw.com/de/dw-akademie-in-der-ukraine/a-18397645>.

⁵³ Z. B. an der Kiever Mohyljan-Akademie, an der DonNU in Vinnytsja und in zahlreichen Trainings für Lehrpersonal.

⁵⁴ <https://www.stopfake.org/de/start/>

5. Ausgewählte Literatur

- Ackeret, Markus (2023): Die vaterländische Pflicht und der Geist der Freiheit – ein Jahr nach Kriegsbeginn ist Russlands Gesellschaft gespalten und radikalisiert. In: Neue Zürcher Zeitung, 23.02.2023. <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russlands-gespalten-gesellschaft-am-ural-ld.1726801> [07.04.2024].
- ALDA (2024): Ukrainian diaspora and temporarily protected Ukrainians after the full-scale invasion. European Association for Local Democracy. <https://www.alda-europe.eu/wp-content/uploads/2023/03/Research-eng.pdf> [07.04.2024].
- Amiryan, Tigran (2024): “Relocating” the Russian Cultural Scene. The Case of Russian Migrants in the South Caucasus (Armenia and Georgia). Stuttgart: ifa-Edition Kultur und Außenpolitik.
- Belarus-Analysen (2022): Politische Emigration und Diaspora. Nr. 61, 26.07.2022. <https://laender-analysen.de/belarus-analysen/60-62/belarusanalysen61.pdf> [07.04.2024].
- Bogerts, Lisa; Serap Yilmaz-Dreger (2024): Lernen von der Diaspora. Neuanfänge in Kunst und Kultur nachhaltig gestalten. Stuttgart: ifa-Edition Kultur und Außenpolitik.
- Deutscher Bundestag (2023): Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2022. Drucksache 20/9845, 13.12.2023.
- Dubina, Vera; Arkhipova, Alexandra (2023): „Nein zum Karpfen“: Stiller Protest im heutigen Russland. In: Russland-Analysen 433, 06.03.2023, 2–6.
- Frank, Susi K. (2003): „Innere Kolonisation“ und ‚frontier‘-Mythos: Räumliche Deutungskonzepte in Rußland und den USA. In: Osteuropa 11/2003, 1658–1675.
- Golova, Tatiana; Darieva, Tsypylma (2023): Politisches und soziales Engagement von Migrant:innen aus Russland im Kontext von Russlands Krieg gegen die Ukraine. In: Russland Analysen, 463, 2–7.
- Lenkewitsch, Igor (2023): Ein Akt der Rache. In: Belarus-Analysen 67, 31.10.2023, 8–9.
- Morozov, Aleksandr (2023): Russlands freie Gesellschaft im Exil. Politiker, Bürgerrechtler, Journalisten, Künstler. In: Osteuropa 10–11/2023, 207–216.

- Morozov, Oleg (2023): Selbstviktimisierung. Russlands Krieg gegen die Ukraine in den Exilmedien. In: Osteuropa 5–6/2023, 103–111.
- Polenz, Ruprecht (2024): Imperialismus und Kolonialismus. Überlegungen aus politischer Perspektive. In: Osteuropa, 4/2024, 15–16.
- Pukszto, Andrzej (2023): Litauen und Belarus. Der belarussische Wolf in Vilnius. <https://specials.dekoder.org/belarus-grossfuerstentum-litauen/litauen-belarus/> [07.04.2024].
- Russland-Analysen (2023): Auswanderung und Diaspora. Nr. 436, 10.05.2023. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/436/russlandanalysen436.pdf> [07.04.2024].
- Russland-Analysen (2023): LGBT und Repression. Nr. 440, 30.09.2023. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/440/russlandanalysen440.pdf> [07.04.2024].
- Sergeeva, Ivetta; Kamalov, Emil (2024): A Year and a Half in Exile: Progress and Obstacles in the Integration of Russian Migrants. https://outrush.io/memo_january_2024 [07.04.2024].
- Šved, Pavlo (2022): „Es geht um Entkolonialisierung.“ Sprache und Buch in Zeiten des Krieges. In: Osteuropa 6-7/2022, 307–310.
- Weller, Nina (2023): Partisan, Anti-Partisan, Party-Zan, pARTisan, Cyberpartisan. Zur Popularisierung des Partisanentums in der belarussischen Kultur. In: Schwartz, Matthias/Weller, Nina (Hg): Appropriating History. The Soviet Past in Belarusian, Ukrainian and Russian Popular Culture. Bielefeld: transcript [im Erscheinen].
- Worschech, Susann (2020): Deutsch-ukrainische Kulturbeziehungen. Veränderungen nach dem Euromaidan. ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://doi.org/10.17901/AKBP1.03.2020> [15.02.2022].

Impressum

Die Studie ist im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ entstanden und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik.

Das Forschungsprogramm wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autor:innen wieder.

Herausgeber:

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e. V.)

Charlottenplatz 17

70173 Stuttgart

Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart

info@ifa.de

www.ifa.de

© ifa 2025

Autorin:

Klara Koszarek

Redaktion:

ifa-Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“

Credits Titelfoto:

Unsplash

Creative Commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)



DOI: <https://doi.org/10.17901/1495>

Weitere Publikationen der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik



Lisa Bogerts, Serap Yilmaz-Dreger: Lernen von der Diaspora. Neuanfänge in Kunst und Kultur nachhaltig gestalten, Stuttgart: ifa, 2024 (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Ole Reitov, Sara Whyatt: The Fragile Triangle of Artistic Freedom. A Study of the Documentation and Monitoring of Artistic Freedom in the Global Landscape, Stuttgart: ifa, 2024 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)



Tigran Amiryan: "Relocating" the Russian Cultural Scene. The Case of Russian Migrants in the South Caucasus (Armenia and Georgia), Stuttgart: ifa, 2024 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)



Gijs de Vries: Cultural Freedom in European Foreign Policy Stuttgart: ifa, 2019 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)

Weitere Publikationen finden Sie unter: <https://culturalrelations.ifa.de/forschen/>

Kulturtätige aus Belarus, Russland und der Ukraine zwischen Diaspora und Exil

Herausforderungen und Potenziale in den 2020er Jahren

Die vorliegende Studie untersucht die Entwicklungen der Diasporageinschaften aus Osteuropa, die in Deutschland und seinen östlichen EU-Nachbarländern seit 2020 an Größe und Bedeutung gewinnen – bedingt durch politische Krisen und Repressionen im autokratisch regierten Belarus und Russland und den Krieg in der Ukraine. Die Studie beschreibt Herausforderungen, Bedürfnisse und Potenziale dieser Gemeinschaften und fragt, inwiefern emigrierte bzw. im Exil lebende Kulturtätige als „Brückenbauer:innen“ den kulturellen Austausch in Zeiten von Konflikten und schrumpfenden Handlungsräumen (shrinking spaces) unterstützen und die interkulturelle Verständigung nachhaltig fördern können. Analysiert werden sowohl gruppenbezogene Rahmenbedingungen und Formen der deutsch-belarussischen, deutsch-russischen und deutsch-ukrainischen kulturellen Zusammenarbeit als auch länder- wie gruppenübergreifende Strategien und Projekte, die die einzelnen Diaspora-Vertreter:innen in Verbindung bringen (können) und dialogfähig sind. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf (1) der Einbindung der osteuropäischen Kulturtätigen in den deutschen Kulturbetrieb, (2) möglichen internationalen Kooperationen auf EU-Ebene und (3) dem Erhalt zivilgesellschaftlicher Räume in Herkunftsregionen und im Exil.